



## **11. Stadtratsprotokoll / 11<sup>e</sup> procès-verbal du Conseil de ville**

**Sitzung vom Donnerstag, 21. September 2017, 18.00 Uhr**  
**Séance du jeudi 21 septembre 2017 à 18h00**

**Ort: Stadtratssaal in der Burg**

**Lieu: salle du Conseil de ville au Bourg**

---

### **Anwesend / Présents:**

Arnold Marc, Arnold Niels, Augsburg-Brom Dana, Beriger Michelle, Bord Pascal, Briechle Dennis, Cadetg Leonhard, Clauss Susanne, Diop Mamadou, Fischer Pascal, Frank Lena, Freuler Fritz, Gonzalez Vidal Bassi Glenda, Grupp Christoph, Güdel Martin, Gugger Reto, Günther Muriel, Gurtner Roland, Hamdaoui Mohamed, Haueter Joël, Jean-Quartier Caroline, Känzig Urs, Kaufmann Stefan, Koller Levin, Kugathas Sakitha, Külling Urs, Leuenberger Bernhard, Loderer Benedikt, Löffel Christian, Meyer Miro, Molina Franziska, Moser Peter, Ogi Pierre, Paronitti Maurice, Pittet Natasha, Rebetez Maurice, Rindlisbacher Hugo, Rochat Julien, Roth Myriam, Scherrer Martin, Scheuss Urs, Schmid Judith, Schneider Sandra, Schor Alfred, Steinmann Alfred, Stocker Julien, Strobel Salome, Suter Daniel, Sutter Andreas, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth, Wächter Olivier, Wendling Cécile, Widmer Patrick, Wiederkehr Martin, Wiher Max

### **Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):**

Bohnenblust Peter, Francescutto Luca, Gurtner-Oesch Sandra

### **Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:**

Stadtpräsident Fehr Erich

Gemeinderätinnen/Gemeinderäte Feurer Beat, Némitz Cédric, Schwickert Barbara, Steidle Silvia

### **Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:**

### **Vorsitz / Présidence:**

Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident

### **Sekretariat / Secrétariat:**

Klemmer Regula, Ratssekretärin

<b>Behandelte Geschäfte / Affaires traitées</b>	<b>Seite/Page</b>
138. Genehmigung der Traktandenliste.....	430
139. Mitteilungen Stadtratsbüro .....	430
140. Protokollgenehmigungen (14. und 15. Dezember 2016, 19. Januar 2017, Nrn. 14, 15 und 1) .....	431
141. 20100219 Ausgliederung der städtischen Alters- und Pflegeheime in eine gemeinnützige Aktiengesellschaft / Eckwerte der Ausgliederung / Verpflichtungskredit .....	431
• Ordnungsantrag.....	450
• Ordnungsantrag.....	452
• Ordnungsantrag.....	452
• Ordnungsantrag.....	452
• Ordnungsantrag.....	453
142. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20170284, Martin Wieder- kehr, Fraktion SP/JUSO, "Die Versorgungssicherheit im Bereich Spitex ist gefährdet" .....	455
143. Begründung der Dringlichkeit der überparteilichen Interpellation 20170285, Urs Scheuss, Grüne, Muriel Günther, JUSO, Anna Tanner, SP, "Hand- habung bei politischen Kundgebungen" .....	455
144. Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20170294, Glenda Gonzalez, Fraktion PSR, "Eine Signalisation, welche der Zweisprachigkeit angepasst ist und 42% der Bevölkerung respektiert" .....	455
145. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20170286, Bord Pascal, Fraktion PRR, "Sind die Stellen der Generalsekretäre und -sekretärinnen und ihrer Stellvertretenden deutschsprachigen Personen vorbehalten?" .....	456
146. Begründung der Dringlichkeit der überparteilichen Interpellation 20170287, Anna Tanner, SP, Judith Schmid PdA, "Wohncontainer als Unterkunft für Asylsuchende" .....	456
147. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20170288, Anna Tanner, SP, Dana Augsburger-Brom, SP, Muriel Günther, SP, "Sparmassnahmen Kanton Bern: Wie reagiert die Stadt Biel?" .....	456
148. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20170282, Daniel Suter, PRR, "Aufhebung von Parkplätzen im Rebberg-Quartier" .....	456
149. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20170283, Natasha Pittet, PRR, "Unterbrechung des Busbetriebs während 7 Monaten" .....	457
150. Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20170281, Dennis Briechle, GLP, "Westast: Klarheit betreffend Bäume" .....	457
151. 20170194 Quartier Bubenbergr / Einführung einer Tempo-30-Zone.....	457
152. Überparteiliche Motion 20170082, Reto Gugger, BDP, Lena Frank, Grüne, Miro Meyer, JUSO, Glenda Gonzalez, PSR, Sandra Schneider, SVP, Julien Stocker, GLP, Dana Augsburger-Brom, SP, Judith Schmid, PdA, Pascal Bord, PRR, Franziska Molina, EVP, "AGGLOlac: Abgabe des Baulandes im Baurecht".....	466
• Ordnungsantrag.....	467
153. Verabschiedung von Christian Löffel .....	469
154. Neueingänge.....	475

**Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident:** Ich begrüsse Sie zur elften Stadtratssitzung. Speziell begrüssen möchte ich die neuen Mitglieder Dennis Briechle, GLP und Benedikt Loderer, Grüne. Herr Briechle ist ein bekanntes Gesicht, denn er war schon während der letzten Legislatur Stadratsmitglied. Herr Loderer ist als Stadtwanderer bekannt. Ich heisse Sie im Stadtrat willkommen und wünsche Ihnen viel Befriedigung in Ihrem politischen Amt (*Applaus*).

Auf Ihren Tischen liegen auf:

- Überparteilicher Rückweisungs- und Rückkommensantrag der Fraktionen SP/JUSO und Grüne sowie der PdA zum Geschäft 20100219 «Ausgliederung der städtischen Alters- und Pflegeheime in eine gemeinnützige Aktiengesellschaft / Eckwerte der Ausgliederung / Verpflichtungskredit»
- Rückweisungs- und Rückkommensantrag der Fraktion PRR zum Geschäft 20100219 «Ausgliederung der städtischen Alters- und Pflegeheime in eine gemeinnützige Aktiengesellschaft / Eckwerte der Ausgliederung / Verpflichtungskredit»

Auf dem Tisch des Weibels liegt das Mitteilungsblatt der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen (Nr. 2 / September 2017) auf.

### 138. Genehmigung der Traktandenliste

**Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident:** Es gingen verschiedene Änderungsanträge zur Traktandenliste ein:

- Frau Augsburg-Brom beantragt, die überparteiliche Motion 20170082 «AGGLOlac: Abgabe des Baulandes im Baurecht» anschliessend an die Gemeinderatsgeschäfte zu behandeln.
- Da Frau Gurtner-Oesch heute Abend abwesend ist, beantragt sie, das dringliche überparteiliche Postulat 20170159 «Ohne die Römerquelle gäbe es Biel nicht» erst anlässlich der Oktobersitzung zu behandeln.
- Herr Gugger beantragt, das Postulat 20170060 «Mehr Sicherheit für Velofahrende durch das Einhalten der geltenden Regeln» nach den Überträgen zu behandeln, da Herr Löffel als Urheber des Postulats heute letztmals im Stadtrat anwesend ist.

Wird dazu eine Abstimmung gewünscht? Wie ich sehe, ist das nicht der Fall.

Die Traktandenliste wird mit diesen Änderungen stillschweigend **genehmigt**.

### 139. Mitteilungen Stadtratsbüro

**Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident:** Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass am Schluss der heutigen Sitzung zwei Stadratsmitglieder verabschiedet werden.

**140. Protokollgenehmigungen (14. und 15. Dezember 2016, 19. Januar 2017, Nrn. 14, 15 und 1)**

**Die Protokolle Nrn. 14, 15 und 16 werden vom Rat stillschweigend genehmigt.**

**141. 20100219 Ausgliederung der städtischen Alters- und Pflegeheime in eine gemeinnützige Aktiengesellschaft / Eckwerte der Ausgliederung / Verpflichtungskredit**

**Freuler Fritz, Fraktion Grüne:** Zu diesem Geschäft liegen zwei Rückweisungs- und Rückkommensanträge auf. Sie sind fast identisch, weisen aber eine kleine Differenz auf. **Der Rückweisungs- und Rückkommensantrag der Fraktionen Grüne, SP/JUSO und PSR sowie der PdA lautet:**

**«Der Bericht des Gemeinderates vom 05. Juli 2017 wird zurückgewiesen und der Stadtratsbeschluss vom 24. Februar 2016 wird aufgehoben und an seiner Stelle bezüglich der künftigen Organisation der städtischen Betagtenheime Folgendes beschlossen:**

**I. Der Gemeinderat wird beauftragt, für die städtischen Alters- und Pflegeheime eine neue Struktur mit optimierter Organisation zu erarbeiten, welche deren Führung als Teil der Stadtverwaltung (keine Auslagerung) unter Beachtung folgender Eckwerte erlaubt:**

- 1. Würdige Pflege und Betreuung der betagten Menschen und attraktive Arbeitsbedingungen für das Personal in einer zeitgemässen und konkurrenzfähigen Infrastruktur, insbesondere:**
- 2. Finanzierungs- und Investitionsstrukturen, welche den städtischen Heimen gegenüber den privaten gleich lange Spiesse verschaffen;**
- 3. Personalpolitik, welche die Rekrutierung von qualifiziertem Personal begünstigt;**
- 4. Kooperationen, welche ein umfassendes Angebot für das Alter erlauben.**

**II. Der Gemeinderat erstattet dem Stadtrat Bericht zur neuen Organisation mit einem entsprechenden Beschlussesentwurf bis am 30.6.2018.»**

„Die Stärke einer Gesellschaft misst sich daran, wie sie mit ihren Schwächsten umgeht.“ Vermutlich kennen alle diesen Satz. Er steht sinngemäss in der Bundesverfassung. Deshalb ist es so wichtig, dass sich der ganze Stadtrat für eine möglichst gute Betreuung und Pflege der Betagten in dieser Stadt einsetzt. Wer heute in ein Pflegeheim eintritt, ist meistens selbst mit spitalexternen Diensten nicht mehr in der Lage, selbstständig zu wohnen und auf dauernde Hilfe Dritter angewiesen. Ein paar grundsätzliche Überlegungen zur Frage der Ausgliederung der Alters- und Pflegeheime: die meisten Ausgliederungen öffentlicher Dienstleistungen in privatrechtliche Institutionen erfolgten in den 1990er-Jahren, also in einer Zeit, als der Manager David de Pury gemeinsam mit anderen das sogenannte «Weissbuch zur Wirtschaft» publizierte und die neoliberale Idee, dass der Markt alles regle, ganz hohe Wellen schlug. Seither hat die Euphorie nachgelassen. Längst hat sich gezeigt, dass es der freie Markt nicht immer richten kann. Alle kennen Beispiele von Postdiensten,

Verkehrsbetrieben oder Spitälern, die ausgegliedert wurden und heute unbefriedigende Dienstleistungen und Arbeitsbedingungen anbieten, ohne dass die Parlamente oder die Bevölkerung einwirken können. Solche Erfahrungen in den letzten 30 Jahren führten zu einem Umdenken in der Bevölkerung. Sehen Sie sich die letzten Abstimmungen an, zum Beispiel in Winterthur oder vor vier Monaten in Aarau. In Aarau haben die Stimmberechtigten eine Vorlage für die Ausgliederung der Altersheime - übrigens auch in eine gemeinnützige Aktiengesellschaft - mit deutlichem Mehr abgelehnt. Warum wohl? Die Bevölkerung und auch die Parlamente wollen sich schlicht und einfach ihre demokratischen Rechte nicht wegnehmen lassen. Für städtische Aufgaben der öffentlichen Hand, haben die BürgerInnen die Möglichkeit, Ziele zu definieren und wichtige Entscheide zu fällen. Sollen beispielsweise Dienstleistungen angepasst, Investitionen getätigt oder das Personalreglement verändert werden (wie es der Stadtrat in der letzten Legislatur getan hat), wurde eine politisch zusammengesetzte, gewählte Kommission eingesetzt, die ihren Bericht und ihre Anträge in den Stadtrat einbrachte. Der Stadtrat konnte damit über die Arbeitsbedingungen aller Angestellten entscheiden. Selbstverständlich wurden auch die Sozialpartner in den Prozess miteinbezogen. Eine geschickte Regulierung durch die öffentliche Hand ist überall dort besonders wichtig, wo aus gesellschaftlicher Sicht sensible Güter oder Dienstleistungen betroffen sind. Das gilt beispielsweise bei Dienstleistungen, die BürgerInnen betreffen, die ihre Rechte nicht selber wahrnehmen können, so wie das bei den meisten Betagten in den Heimen der Fall ist. Wir diskutieren heute nicht über die Ausgliederung von Gütern wie Gastrobetrieben oder Bussen, sondern von Dienstleistungen an oft nicht mehr handlungsfähigen, unterstützungsbedürftigen Menschen wie unseren Grosseltern, unseren Eltern oder in absehbarer Zeit uns selber. Den Parteien, die unseren Rückweisungs- und Rückkommensantrag unterzeichnet haben, ist klar, dass in den Alters- und Pflegeheimen Handlungsbedarf besteht. Deshalb haben wir den Antrag um Eckwerte ergänzt, wie es nun auch die Bürgerlichen getan haben. Was die Infrastruktur anbelangt, wollen wir beispielsweise den baulichen Zustand der städtischen Alters- und Pflegeheime nicht einfach so belassen, denn er ist heute unbefriedigend. In einigen Heimen hat sich Gebäudeunterhalt aufgestaut. Für das Betagtenheim Ried braucht es wahrscheinlich sogar einen Ersatzneubau und im Betagtenheim Redernweg steht eine Sanierung kurz bevor. Eine in die Jahre gekommene Infrastruktur ist aber gerade kein Argument für, sondern eines gegen die Ausgliederung. Nur wenn die Pflegeheime unter öffentlicher Kontrolle bleiben, kann sichergestellt und vor allem verantwortet werden, dass die Infrastruktur den Bedürfnissen gerecht wird. Dazu braucht es eine Reorganisation der Stadtverwaltung, eine Investitionsplanung, eine neue Kompetenzordnung und wahrscheinlich eine neue, reglementierte Spezialfinanzierung. Die Prozesse müssen beschleunigt werden. Nur so schaffen wir unter demokratischer Kontrolle eine zukunftsweisende Infrastruktur. Damit die Dienstleistungen den heutigen Erfordernissen genügen, braucht es auch eine zeitgemässe städtische Personalpolitik. Die Voraussetzungen dafür hat der Stadtrat durch die Verabschiedung des neuen Personalreglements hoffentlich geschaffen. Im Zweifelsfall gibt es die Gewerkschaften und den Personalverband, die der Stadt dabei helfen können, das Reglement so umzusetzen, dass die städtischen Alters- und Pflegeheime kompetentes und motiviertes Personal behalten oder neues rekrutieren können. Zudem braucht es möglichst gute Kooperationen zwischen den Altersinstitutionen. Das bedeutet eine möglichst hohe Durchlässigkeit der Angebote, angefangen beim Beratungsdienst der Pro Senectute über die Spitexpflege,

Alterssiedlungen, Tagesheime bis hin zu den Pflegeheimen. In Biel kann die Stadtverwaltung selbst die Durchlässigkeit am besten gewährleisten. Sie besitzt und führt bereits die Alterssiedlungen in Mett, Madretsch, Bözingen und im Ried und das Tageszentrum in der Überbauung «Schüssspark», also jene beiden Institutionen, die dem Angebot der Alters- und Pflegeheime vorgelagert sind.

Im Namen der Parteien, die unseren Antrag unterzeichneten, bitte ich den Stadtrat, den Bericht des Gemeinderates zurückzuweisen und den Stadtratsbeschluss vom 24. Februar 2016 aufzuheben. Geben Sie damit den Betagten und ihren Familien, Freunden und Bekannten die Chance, in einem Bieler Heim würdig betreut und gepflegt zu werden, und zwar auch noch in 20 oder 30 Jahren.

**Bord Pascal, au nom du Groupe PRR:** Le Conseiller municipal concerné est libre d'être, à titre personnel, contre une société anonyme. Mais, s'il décide de présenter une solution, sans consulter tous les partenaires sociaux officiels de la Ville et sans élaborer une Convention collective de travail (CCT), il est sûr de couler le projet. Cette manière de procéder est peut-être tactiquement habile, mais politiquement discutable! Quand on veut noyer son chien, on dit qu'il a la rage! Pour le Groupe PRR, le service public est aussi important et les conditions de travail des collaborateurs et collaboratrices sont centrales, tout comme le bien-être des pensionnaires. Le but est commun entre la gauche et la droite. La gestion des établissements médico-sociaux (EMS) est actuellement problématique et les médias ont passablement commenté les problèmes de l'un ou l'autre homes. Les directions de ces (EMS) luttent sans encadrement et une structure adéquate fait défaut. Les EMS fonctionnent encore mais les nouveaux défis avec les rénovations, entre autre, rendent la situation plus que critique et cela fait peur. Il ne s'agit pas d'une invention de la droite mais les partenaires sociaux veulent aussi un changement. Quel changement? La droite est persuadée qu'une société anonyme est la meilleure solution et la gauche croit que l'on peut faire fonctionner une PME (petite et moyenne entreprise) avec plusieurs centaines d'employé(e)s et gérer un budget de plusieurs millions de francs sans problème. Ce soir, la gauche peut peut-être numériquement forcer la décision à quelques voix mais comptée correctement, la décision a été prise par les chaises vides! Désirez-vous, qu'une nouvelle motion soit déposée, qui redemande une modification? En recomptant correctement, vous le savez, elle aura une grande chance de succès. Le Groupe PRR se veut responsable et propose un compromis permettant d'évaluer différentes variantes sereinement et sur la base d'un rapport, qui sera élaboré par le Conseil municipal. Les variantes seraient les suivantes: une gestion en interne dans l'Administration municipale, une société anonyme ou une entreprise autonome de droit public. Ces trois variantes permettraient de garder la gestion de ces EMS en main public et on ne parle pas de marché libre, car il est très réglementé, ni de privatisation pure et dure. Grâce à l'élaboration d'une bonne CCT, le personnel aurait peut-être même de meilleures conditions de travail. **Le Groupe PRR fait une demande de renvoi et de réexamen de l'affaire.** Je vous remercie d'être raisonnables et de suivre le Groupe PRR dans sa volonté d'offrir un compromis à tout le monde.

**Kaufmann Stefan, Fraktion FDP:** Zuerst eine politische Würdigung des Rückweisungs- und Rückkommensantrags der Fraktionen Grüne, SP/JUSO und PSR sowie der PdA: Das gewählte Vorgehen, um einen demokratisch gefällten Entschluss rückgängig zu machen, ist eher unüblich und ich finde es relativ problematisch. Sollte

der Antrag wie vorliegend angenommen werden, befürchte ich, dass eine "Büchse der Pandora" geöffnet wird und solche Mätzchen, die niemandem dienen, auch künftig eine Mehrheit finden könnten. Das finde ich schade und ich gehe davon aus, dass die laufende Legislatur damit sehr schwierig würde.

Zum Inhalt des vorliegenden Geschäfts: 2010 reichte die GPK das Postulat 20100308 «Zukunft der Bieler Alters- und Pflegeheime: welche Rechtsform ab 2011?» ein. Dieses wurde überwiesen und der Gemeinderat liess einen Bericht erarbeiten, der sechs Modelle vertieft prüfte und vorstellte. Bei drei Modellen sollten die Alters- und Pflegeheime (APH) innerhalb der Verwaltung weitergeführt werden, in den drei übrigen Modellen sollten sie ausgegliedert werden. Die ersten drei Modelle umfassten den Status Quo, die Auslagerung der Liegenschaften in eine Stiftung und neue Kompetenzregelungen in der Verwaltung. Die zweiten drei Modelle sahen die APH als rechtlich selbstständige Unternehmung, als Stiftung und als Aktiengesellschaft (AG). Alle Möglichkeiten wurden durchleuchtet und bewertet. Die Quintessenz war, dass die drei Modelle zur Ausgliederung besser abschnitten als diejenigen, welche einen Verbleib der APH in der Verwaltung vorsahen. Mit der AG wurde der Alptraum der Linken geprüft, nämlich eine AG mit jeglichen Freiheiten. Das ist nicht das Gleiche wie die heute zu diskutierende und vom Gemeinderat stark beeinflusste gemeinnützige AG. Aber sogar eine AG mit jeglichen Freiheiten wies bessere Resultate auf als der Verbleib der APH in der Verwaltung. Deshalb kann ich mir nicht erklären, weshalb die Linke ein schlechteres Modell bevorzugt als das vom Gemeinderat vorgeschlagene.

Es wurde bereits viel zum Personal gesagt. Ich finde es etwas arrogant, wenn die Linke behauptet, alte Menschen würden in privaten Heimen nicht gut betreut. Immerhin funktionieren 305 von 310 Institutionen nach privatem Recht. Nur ein paar wenige werden von Gemeindeverbänden betrieben, sind aber im Prinzip autonom. Nun behauptet die Linke quasi, nur fünf dieser Institutionen betreuten ihre Kundschaft richtig. Das empfinde ich als eine Anmassung und als unfair gegenüber den 305 Betrieben, die jeden Tag hervorragende Arbeit leisten. Seit 2013 wird die Ausgliederung der Alters- und Pflegeheime im Stadtrat thematisiert. Bisher hörte ich kein einziges stichhaltiges Argument gegen eine Ausgliederung. Seit 2013 wäre genügend Zeit vorhanden gewesen um zu analysieren, wie es die anderen Heime im Kanton Bern machen. Die Stadt Bern lagerte ihre APH bereits in den 1990er-Jahren in die Domicil Bern AG aus, ein heute florierendes Unternehmen mit top Anstellungsbedingungen. Einziges nicht ausgegliedertes Berner Heim ist Kühlewil. Dieses hätte 2003 ausgegliedert werden sollen, aber die Gewerkschaften schalteten sich ein und taten das gleiche wie in Biel: sobald sie das Wort «Ausgliederung» hörten, klappten sie das Visier nach unten, nahmen die Lanze in Anschlag und griffen an. Deshalb lagerte die Stadt Bern Kühlewil schlussendlich nicht aus und die Berner Steuerzahlenden müssen seither dafür ein jährliches Defizit von zwischen CHF 600'000 und CHF 1 Mio. decken. Im Moment wird deshalb erneut geprüft, ob Kühlewil verkauft, geschlossen oder privatisiert werden soll. Die Stadt Bern ist einfach nicht mehr bereit, diese Defizite zu decken.

Als Beispiele gegen eine Auslagerung wurden Winterthur und Aarau erwähnt. Dazu muss man wissen, dass im Aargau und in Zürich andere kantonale Vorgaben gelten als im Kanton Bern. Dort ist der Heimbetrieb eine Gemeindeaufgabe. Der Kanton Bern hat dazu eine andere Haltung. Winterthur und Aarau sind deshalb nicht mit Biel

vergleichbar. Ich bitte die Linke, noch ein gutes Argument gegen die Ausgliederung nachzuliefern. Ich finde, ausgegliederte Heime haben die viel besseren Möglichkeiten, sich dem Marktgeschehen zu stellen und zu reagieren. Deshalb wird die Fraktion FDP dem Rückkommensantrag der Fraktionen Grüne, SP/JUSO und PSR sowie der PdA nicht zustimmen, allenfalls aber demjenigen der Fraktion PRR. Ich weiss nicht, ob sich alle der Konsequenzen bewusst sind, sollte heute entschieden werden, die Heime nicht auszugliedern.

**Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO:** Die Fraktion SP/JUSO stellt den Rückweisungs- und Rückkommensantrag, weil sich für sie die Sachlage nicht verändert hat. Der vorliegende Bericht des Gemeinderats ist auf die Motion 20120370 «Städtische Alters- und Pflegeheime verselbstständigen» meines Vorredners zurückzuführen, die ein bürgerlicher Stadtrat am 6. Juni 2013 erheblich erklärte. Die Fraktion SP wehrte sich bereits damals gegen die Umwandlung in eine AG. Auch als am 24. Februar 2016 über das Geschäft Nr. 20100219 «Umsetzung Neuordnung der Pflegefinanzierung / Künftige Rechtsform der Trägerschaft der städtischen Alters- und Pflegeheime» abgestimmt wurde, unterlag die Fraktion SP. Obwohl die Fraktion SP/JUSO die Bemühungen des Gemeinderates würdigt, die Motion 20120370 umzusetzen, kann sie dem vorliegenden Geschäft nicht zustimmen. Sie nimmt deutlich Abstand von einer Ausgliederung der städtischen Heime und unterstützt den erwähnten überparteilichen Rückkommensantrag der Fraktionen Grüne, SP/JUSO, PSR und PdA.

Der Einfluss des Stadtrates nimmt bei einer Überführung der APH in eine AG markant ab. In diesem Fall würde der Verwaltungsrat alles bestimmen und der Stadtrat hätte nicht mehr viel zu sagen. Für uns als Vertretung der Bevölkerung ist das nicht zu verantworten. Die Mitarbeitenden der Alters- und Pflegeheime verlieren die positiven städtischen Arbeitsbedingungen. Der Stadtrat verabschiedete kürzlich ein neues Personalreglement, das zum Beispiel einen fortschrittlichen Vaterschaftsurlaub beinhaltet. Auch wenn die ausgelagerten Heime Misswirtschaft betreiben würden, müsste die Stadt weiterhin ein bedarfsgerechtes Pflegeangebot zur Verfügung stellen und könnte erst über Verhandlungen bei den Leistungsverträgen wieder Einfluss nehmen. Die Anstellungsverträge wären neu privatrechtlich. Eine Anpassung der heute zu tiefen Löhne wäre damit rasch möglich, Kürzungen und Kündigungen aber leider ebenfalls. Später könnte ein künftiger Gemeinderat die Heime ganz privatisieren wollen. Der Gründungsaufwand für eine AG ist gross und teuer, was sich bereits aus dem vorliegenden Kreditantrag ersehen lässt, der noch nicht einmal alle Kosten beinhaltet. Eine Ausgliederung ist auch für die Direktion Bildung, Kultur und Sport und ihre Mitarbeitenden zeitintensiv.

Es geht auch anders: Zürich macht es vor, auch wenn die rechtlichen Grundlagen tatsächlich nicht die gleichen sind. Die Stadt Zürich betreibt aber nicht nur städtische Alterszentren, sondern auch Pflegezentren, Alterswohnungen und Spitex. Wieso sollte das nicht auch in Biel möglich sein? Daraus ergibt sich für die grösste Schweizer Stadt eine umfassende städtische Alters- und Gesundheitskette aus einer Hand. Damit blieben die Schnittstellen zwischen den Institutionen effizient, was der Kundschaft dient. Der Ressourceneinsatz könnte flexibler und sozialverträglicher gehandhabt werden. Die Mitarbeitenden profitierten von fortschrittlichen Arbeitsbedingungen. Es kommt letztlich in jeder juristischen Form, ob städtisch oder in einer gemeinnützigen AG, darauf an, wie die Vorgesetzten das Alters- und

Pflegeheim leiten. Die Kommunikation mit den heutigen Alters- und Pflegeheimen muss verbessert werden. Das ist aber auch ohne Auslagerung möglich und ist erst noch besser und günstiger. Die Fraktion SP/JUSO will das Geschäft aber nicht nur zurückweisen, sondern auch eine Verbesserung der Strukturen der städtischen Alters- und Pflegeheime herbeiführen. Der Gemeinderat soll in einem breiten Dialog mit allen Stadtratsparteien treten (ich stelle mir einen runden Tisch vor) und die Reorganisation ausarbeiten. Wird das heutige Modell optimiert, ist es nicht schlechter als eine Ausgliederung. Genau das will die Fraktion SP/JUSO. Sie steht deshalb voll hinter dem Rückweisungs- und Rückkommensantrag der Grünen, SP/JUSO, PSR und PdA und ich ersuche Sie, diesen zu unterstützen.

**Waechter Olivier, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés:** Le Groupe UDC/Les Confédérés part du principe d'adhérer pleinement à l'externalisation ou au transfert des EMS en soutenant les propositions du Conseil municipal sauf sur la question de la Convention collective de travail (CCT), que nous estimons excessive. Notre Groupe peut cependant accepter un compromis, uniquement si les autres groupes ne contestent pas les éléments dudit rapport, ce qui n'est plus le cas. De même nous pouvons faire fi des éléments contraignants tactiques ajoutés habilement par le Conseil municipal si, les autres groupes ne reviennent pas sur les points de ce rapport. Le Groupe UDC/Les Confédérés soutient cette proposition uniquement si aucune modification n'est apportée. Visiblement et malheureusement cela n'est pas le cas et nous refusons donc la demande de renvoi présentée par les groupes SP/JUSO, PSR et Les Verts.

**Gonzalez Glenda, au nom du Groupe PSR:** Le Groupe PSR est convaincu qu'un service public fort est nécessaire et qu'il faut garantir des prestations de qualité pour l'ensemble de la population. C'est dans ce sens qu'il s'est engagé lors des dernières élections. Le PSR s'engage aussi dans la perspective de corriger les abus, qui ont pu être menés par une politique de droite très libérale, tant au niveau du Canton que de la Commune. C'est aussi pour cette raison, probablement que les électeurs, électrices ont donné une égalité à la gauche dans ce Parlement. Je pense, qu'il y a une conscience et une volonté populaire de corriger le tir par rapport à la politique, qui a été menée. Le Groupe PSR se sent donc vraiment engagé dans l'idée de défendre ce service public et est totalement opposé à la création d'une société anonyme, qui coûterait 680'000 fr. pour sa mise en place. Il faut avouer, que dans une perspective de réduction des coûts, c'est à nouveau un abus. Concernant la modernisation des EMS et leur gestion, il est indéniable qu'il est nécessaire de la repenser. Cela est tout à fait possible dans le cadre et dans le contexte de l'Administration actuelle, car il suffit de le vouloir. Il n'est nullement écrit quelque part que privatisation est synonyme de qualité et c'est un leurre de penser, que lorsqu'une entreprise se privatise, elle peut garantir la qualité des prestations. Nous vivons dans une Ville, qui a de nombreuses prestations de qualité et ce malgré le fait qu'il s'agisse d'une Administration. Sinon, la logique serait de privatiser tout ce qui est rentable, et là encore le Group PSR s'y oppose très fortement. C'est pourquoi, nous demandons le retrait de l'affaire et incitons le Conseil de ville de suivre cette proposition.

**Briechle Dennis, Fraktion GLP:** Das heute vorliegende Geschäft ist die Folge eines vom Stadtrat überwiesenen Vorstosses, der vorsah, dass die städtischen Alters- und Pflegeheime in eine neue Rechtsform überführt werden sollen, die den Heimen eine grössere Autonomie gewährt und ihnen ermöglicht, gewünschte Veränderungen

rascher einzuleiten. Gleichzeitig sollen die Heime aber vollständig in städtischem Besitz bleiben und die Stadt die Kontrolle behalten. Dieses auch von vielen anderen Gemeinden angewandte Modell hat sich bewährt und scheint der Fraktion GLP sinnvoll. Sie hat diesen Weg deshalb von Anfang an unterstützt, weshalb sie den Rückweisungsanträgen kritisch gegenübersteht und diese nicht unterstützen wird. Aus politischer Sicht stellt sich von mir aus gesehen auch eine rechtliche Frage. Politisch gesehen ist es der Fraktion GLP wichtig, das Thema nicht ideologisch zu betrachten, wie dies unseres Erachtens nun leider geschieht. Der Fraktion GLP ist das Resultat wichtig. Welches sind die Bedingungen für die Heimbewohnenden, welches Angebot kommt ihnen effektiv zu Gute? Die Linke scheint davon auszugehen, dass in der Verwaltung angesiedelte Institutionen per se besser sind als private. Durch eine ideologische Brille kann das tatsächlich so gesehen werden. In der Realität muss diese Ansicht aber nicht Bestand haben. In Biel weisen die städtischen Heime teilweise Sanierungsbedarf aus. Auch kleine Umgestaltungen und Verbesserungen dauern ewig, weil sie das ganze Verwaltungsprozedere durchlaufen müssen. Wie die Schlagzeilen der letzten Wochen zeigten, ist auch beim Personal nicht alles in Ordnung, so zum Beispiel im Betagtenheim Ried. Dass der zuständige Direktor in einer ersten Reaktion alle Vorwürfe abtritt und von einer Medienkampagne sprach, spricht auch nicht unbedingt dafür, dass Pflegebedürftige bei der Stadt zwingend in besserer Hand sind. Es ist bekannt: die Bedingungen in der Pflege sind generell schwierig, egal in welcher rechtlichen Form ein Heim organisiert ist. Die neue Organisation in Form einer AG in städtischem Besitz erlaubt es der Geschäftsleitung, schneller und agiler auf Veränderungen zu reagieren oder neue Bedürfnisse abzudecken. Nur weil die Betreibergesellschaft des vorgesehenen Modells "AG" heisst, ist das nicht per se böse. Diese Gesellschaft bliebe zu 100% in städtischem Besitz und Kontrolle. Der demokratisch gewählte Gemeinderat würde die Generalversammlung dieser AG bilden. Aus dieser Generalversammlung wählt er dann den Verwaltungsrat, in welchem die Stadt ebenfalls mit einer Mehrheit vertreten sein würde. Zudem sollte die AG gemeinnützig arbeiten, womit die Gewinnerzielung nicht im Vordergrund steht. Falls ein Gewinn anfällt, sollte er grösstenteils in der AG verbleiben und dort reinvestiert werden. Aus Sicht der Fraktion GLP macht die vorgeschlagene rechtliche Neuordnung Sinn. Sie unterstützt auch die vorgeschlagenen Eckwerte. Entsprechend ist sie gegen die beiden Rückweisungsanträge, insbesondere gegen denjenigen der Fraktionen Grüne, SP/JUSO und PSR sowie der PdA. Ich möchte auch noch kurz etwas Rechtliches erwähnen. Ich bin zwar kein Jurist, dennoch habe ich mich etwas mit Recht beschäftigt. Jedes staatliche Handeln braucht eine rechtliche Grundlage. Es gibt meines Wissens im städtischen Recht keine Grundlage, die ein Rückkommen auf ein Geschäft vorsieht, das vor vielen Monaten im Stadtrat behandelt und demokratisch verabschiedet wurde. Ohne rechtliche Grundlage ist ein Entscheid juristisch anfechtbar. Wie Sie wissen, gibt es Personen, die gut hinschauen und prüfen, ob das stadträtliche Handeln juristisch korrekt ist. Ich warne also auch etwas davor, einen Entscheid zu fällen, der unter Umständen rechtlich gar nicht zulässig ist.

**Leuenberger Bernhard, FDP:** Den Rückweisungsantrag der Fraktionen Grüne, SP/JUSO und PSR sowie der PdA finde ich nicht zielführend, denjenigen des PRR muss ich vor der Abstimmung noch überdenken. Ich glaube, die Linke unterliegt einem Irrtum. Bei der angedachten Ausgliederung der Heime geht es nicht um eine echte Privatisierung. Vielmehr soll eine gemeinnützige AG gegründet werden. Offenbar hat die Linke den Eindruck, damit gebe die Stadt ihren ganzen Einfluss ab

und werfe die Altersheime den Finanzhaien zum Frass vor. Sie befürchtet, dass nur noch abgebaut und der Service public nicht mehr gewährleistet werden kann. Davon kann keine Rede sein! Es gibt unzählige Altersheime, die schon lange als AG organisiert sind, einwandfrei funktionieren und das Personal zu Topbedingungen anstellen. Ich glaube, die Linke hat nicht begriffen, wie eine gemeinnützige AG funktioniert. Das ist nicht per se etwas Schlechtes, das einem ungezügelter Kapitalismus Tür und Tor öffnet. Wäre es so, könnte nicht einmal ich als Freisinniger zustimmen.

Herr Freuler, ich will eigentlich das Gleiche wie Sie: anständige Altersheime mit zeitgemässen Bedingungen für das Personal. Das ist völlig unbestritten. Herr Steinmann befürchtet, der Stadtrat gebe seinen Einfluss an den Verwaltungsrat ab. Das stimmt so nicht. Die Generalversammlung (also die Stadt Biel vertreten durch den Gemeinderat) ist omnipotent und kann den Verwaltungsrat jederzeit auswechseln. Zudem könnte selbst eine bürgerliche Regierung die Aktien nicht einfach verkaufen. Dazu hätte der Stadtrat sehr wohl etwas zu sagen. Abgesehen davon sind die Aktien gar nicht handelbar, da die AG nicht börsenkotiert ist. Die Aktien bleiben in städtischem Besitz und können auch nicht teilweise verkauft werden.

Wie ich bereits sagte, gibt es APH in zahlreichen anderen Rechtsformen als einer AG. Kürzlich hatte ich ein kurzes Gespräch mit Frau Clauss, die selber von einer AG, dem Geburtshaus Luna, angestellt ist. Ich bin sicher, dass diese Organisationsform dort einwandfrei funktioniert und gehe davon aus, dass die Arbeitsbedingungen zeitgemäss sind. Ich gehe sogar so weit zu sagen, dass der Gemeinderat in seinem vorliegenden Bericht, der bereits sehr viele Eckwerte enthält, etwas mutlos agiert. Eigentlich hätte er noch gar keine Eckwerte definieren müssen, denn konsequenterweise sollten einer AG gar keine solchen vorgegeben werden. Schlussendlich ist die Stadt Biel Aktionärin. Nun wurden diese Eckwerte aber definiert und ich stehe dazu. Sie können übernommen werden.

Wie gesagt soll eine gemeinnützige AG gegründet werden – auch wenn ich diese Organisationsform als Jurist etwas seltsam finde. Schliesslich gibt es auch keine gewinnorientierten Genossenschaften... Eigentlich sah der Gesetzgeber die Genossenschaften für gemeinnützige Organisationen vor, die AG für gewinnstrebende. Seit Jahrzehnten vermischen sich diese Organisationsformen und heute kann nicht mehr klar gesagt werden, eine AG sei per se gewinnorientiert und eine Genossenschaft gemeinnützig. Die Grenzen sind fliessend. Ich will nun kein juristisches Seminar über die AG abhalten, aber die Linke unterliegt einem grossen Irrtum. Ihre Befürchtungen werden nicht eintreffen. Wer die Auslagerung der Heime in eine gemeinnützige Aktiengesellschaft unterstützt, gehört nicht zu den "bösen Raubtierkapitalisten", die nur das Personal schikanieren wollen. Abgesehen davon gibt es auch für das Personal einen Markt. Heute stehen halbe Altersheime leer, weil die Arbeitsbedingungen nicht stimmen und das Personal in andere Altersheime abwandert. Gemäss den Eckpunkten soll für die städtischen Altersheime ein Gesamtarbeitsvertrag erarbeitet werden. Für mich gibt es keine schlagenden Argumente gegen diese Auslagerung. Ich möchte die Linke ermuntern, nochmals über die Bücher zu gehen und über ihren Antrag nachzudenken. Dann wird sie feststellen, dass eine Auslagerung allen etwas bringt. Beim Antrag der Fraktionen Grüne, SP/JUSO und PSR sowie der PdA hingegen kann es nur Verlierer geben.

**Gurtner Roland, Passerelle:** Le 24 février 2016, le Conseil de ville a décidé l'externalisation des homes sous la forme d'une société anonyme d'utilité publique. Cette décision a été prise démocratiquement après une discussion nourrie. Aujourd'hui, aucun élément ne justifie de la remettre en cause et au contraire, le Conseil municipal propose une variante dans laquelle les craintes émises par la gauche ont été largement prises en compte. Je ne comprends donc pas pourquoi les Groupes SP/JUSO, PSR et Les Verts n'acceptent pas ce modèle de société anonyme, qui donne toutes les garanties d'un service public de qualité, d'un contrôle démocratique et de bonnes conditions de travail pour le personnel. Ce modèle a été adopté dans de nombreuses communes du Canton et a fait ses preuves. Cette proposition de renvoi est bien mal étayée. En effet, les quatre motifs invoqués au point 1 correspondent à des valeurs qui sont déjà garantis par le projet de société anonyme, tel que décrit par le Conseil municipal. Les soins, le financement et les investissements, le personnel, les coopérations, tout cela est possible avec le modèle de société anonyme élaboré par le Conseil municipal. Il n'y a donc aucune raison de mettre en cause la décision prise démocratiquement le 24 février 2016 si ce n'est pour une question d'idéologie. Il n'y a pas de raison de craindre une diminution de la qualité des soins et une péjoration des conditions de travail du personnel avec la nouvelle société anonyme et je vais expliquer pourquoi:

- La qualité des soins est garantie par l'autorisation d'exploiter délivrée par l'Office des personnes âgées et handicapées de la Direction cantonale de la santé publique et de la prévoyance sociale. Selon l'Ordonnance sur les foyers (RSB 862.51) à laquelle est soumis tout établissement de droit public et privé qui accueille des pensionnaires, chaque EMS doit disposer d'un programme d'exploitation, qui définit les moyens mis en œuvre pour garantir la qualité de la prise en charge et des soins. Cette qualité sera également garantie par la stratégie de propriétaire du Conseil municipal basée sur les orientations définies à la page 5 du rapport du Conseil municipal.
- Depuis l'introduction du nouveau régime financier en 2011, tous les EMS privés et publics se trouvent dans une situation concurrentielle. De ce fait, les EMS sont en quelque sorte condamnés à améliorer continuellement la qualité que ce soit au niveau des soins ou des infrastructures. Si tel n'est pas le cas, les futurs pensionnaires s'en iront voir ailleurs puisqu'ils ont la liberté du choix de l'EMS. Le taux d'occupation de ces EMS baissera et ceux-ci se verront confrontés à des déficits. Les conditions de travail et les salaires du personnel sont, eux aussi, en concurrence et ils doivent forcément être bons sinon les personnes qualifiées risquent de partir vers des homes plus attrayants.
- Le service public est garanti à 100% par la société anonyme proposée, puisque les éléments stratégiques sont entièrement dans les mains du Conseil municipal et que le règlement qui régit la gestion des homes est de la compétence du Conseil de ville, qui peut en tout temps le modifier.
- Le service public est également garanti à Energie Service Biel/Bienne et aux Transports publics, qui sont régis par un règlement semblable.

Pour toutes ces raisons, je souhaite que l'on mette en œuvre le modèle de société anonyme, qui est soumis ce soir au Conseil de ville et je ne soutiendrai donc pas la proposition de renvoi des Groupes SP/JUSO, PSR et Les Verts.

**Wiederkehr Martin, SP:** Ich kann vielen Voten zustimmen. Offenbar stehen viele Befürchtungen im Raum. Die einen befürchten, eine AG sei etwas Gefährliches, die anderen, die Stadtverwaltung sei unfähig oder nicht geeignet, ein Altersheim zu führen. Letztere behaupten, nur eine AG könne agil und modern sein, nicht aber die Verwaltung. Ich möchte diese Polemik nicht auf fundamentalistischer Ebene weiterführen. Es stellt sich die grundsätzliche Frage, was für die Bevölkerung das Beste ist. Dabei hat die Stadt verschiedene Aufgaben, darunter die Alterspolitik und die Gesundheitsversorgung. Die Verwaltungsaufgaben wurden in den letzten Jahren stetig dynamischer. Ich will mich weder für eine AG noch für die Verwaltung aussprechen, erinnere aber daran, dass der Gemeinderat den Auftrag hat, das Beste für die Bieler Bevölkerung herauszuholen. Ist eine AG grundsätzlich immer das Beste? Sicher hat eine AG gute Seiten. Ich bin überzeugt, dass die Anstellungsbedingungen bei ganz vielen privat geführten Altersheimen genau so gut sind wie bei öffentlichen. Als Präsident eines grösseren privaten Vereins kann ich dies bestätigen. Meine Organisation bietet dem Personal alles, was es sich wünscht. Sie hat schon lange ein Personalreglement und Vaterschaftsurlaub, viel länger als die Stadt Biel... Wie es den Betagten in einem Pflegeheim ergeht, hängt vom Engagement der Angestellten und der Führungspersonen ab. Es gibt bestimmte Standards, die erfüllt werden müssen. Dafür ist nicht nur die Stadt zuständig, sondern auch die Krankenkassen, der Kanton und weitere einflussreiche Personen. Es gibt kleine und grosse Organisationen. Eine kleine Organisation ist manchmal tatsächlich agiler und flexibler als eine grosse. Es kann mir aber niemand sagen, Migros, Coop oder Valora seien nicht agil... Ist die Stadt Biel eine grosse Organisation? Warum sollte sie die Führung eines Altersheims nicht stemmen können? Heute soll der Stadtrat CHF 700'000 sprechen. Damit habe ich Mühe. Ich bin überzeugt, dass der Gemeinderat und die städtische Verwaltung fähig sind, ein Konzept zu erarbeiten, das auf Verwaltungsebene den Erwartungen entspricht, also agil und modern ist. Im Stadtrat wurde noch nie eine fundamentale Diskussion über die Pflegeheime geführt. In der Debatte war vom demokratischen Einfluss des Stadtrates die Rede. Ich bin nun seit 20 Jahren Stadtratsmitglied, die Pflegeheime waren während all dieser Zeit noch nie ein Thema. Es ist schön, wenn der Stadtrat ein Recht hat und dieses auch nützt. Manchmal verstauben solche Rechte aber auch... Wenn der Stadtrat Einfluss nehmen will, muss ein Leistungsvertrag erarbeitet werden. Das könnte der Gemeinderat an die Hand nehmen. Was soll als nächstes ausgegliedert werden? Die Schulen? Meist entscheidet der Kanton in Schulsachen mehr als die Stadt, die nur noch das Lehrpersonal anstellen kann. Eigentlich könnte auch die Volksschule in eine AG ausgelagert werden. Vielleicht wäre das auch agiler, denn die Schulen sind sehr dynamisch. Warum wird nicht auch der Strassenunterhalt ausgelagert? Es gibt gute Baufirmen, die diese Aufgabe übernehmen könnten. Für mich geht es auch um die Grundsatzfrage, welche Aufgaben die Stadtverwaltung selber erledigen soll. Sollte vielleicht alles ausgelagert werden? Ich finde nicht! Es ist für mich eine Grundsatzfrage, ob diese «Auslageritis» tatsächlich so modern und zeitgemäss ist, wie von einigen dargestellt. Wäre es tatsächlich so, würde der Gemeinderat seine Aufgabe schlecht machen. Ich möchte vom Gemeinderat noch erfahren, was er bei einer allfälligen Rückweisung zu tun gedenkt. Den Ist-Zustand zu bewahren, kann jedenfalls auch keine Lösung sein.

**Cadetg Leonhard, FDP:** Der Service public wird demokratisch definiert. Im Bereich der Altenpflege sorgt der Kanton dafür, dass ein Service public gewährleistet wird. Herr Gurtner hat gut dargelegt, dass die Organisationsform und die Steuerung eine

Frage der Effizienz und der Zielerreichung sind. Sie beeinflussen den Service public aber nicht. Herr Wiederkehr sagt, die Angestellten und das Management müssten motiviert sein, den Service public zu erbringen. Es geht also in erster Linie um eine ideologische Frage. Aus ideologischer Sicht frage ich mich denn auch, weshalb die Fraktion Grüne den Rückweisungsantrag der Fraktionen Grüne, SP/JUSO und PSR sowie der PdA mitträgt. Ich glaube, eine Gesellschaft ist dann am stabilsten, wenn dafür gesorgt wird, dass die Basis möglichst viele Kompetenzen hat. Wer an der Front ist, soll einen möglichst grossen Handlungsspielraum haben, die Rahmenbedingungen müssen aber erlauben, dass Parlament und Gemeinderat in die von ihnen gewünschte Richtung steuern können. Warum finde ich den vorliegenden Rückweisungsantrag nicht «grün»? Vorliegend geht es einerseits um die Verwaltung, die für ihr Handeln immer eine Rechtsgrundlage braucht, weshalb alles etwas langsamer geht. Die Verwaltung kann sich kaum selbst organisieren und ihr Handeln wenig selber beeinflussen. Es ist aber ein ureigenes grünes Interesse, dass die Betroffenen von sich aus handeln können. Deshalb dürfte die Fraktion Grüne diesen Rückweisungsantrag eigentlich gar nicht unterstützen, denn es geht nicht um eine AG im Sinn einer gewinnorientierten Organisationsform. Vielmehr geht es um eine Organisation, die es erlaubt, möglichst viele Kompetenzen an die Front zu delegieren. In solchen Organisationsformen sind die Betroffenen tendenziell zufriedener. Dabei hat die öffentliche Hand immer für gerechte Arbeitsbedingungen zu sorgen. Dafür hat sich meine Fraktion auch im Rahmen der Totalrevision des Personalreglements (SGR 153.01) eingesetzt. Ich bitte Sie, den Rückweisungsantrag der Fraktionen Grüne, SP/JUSO und PSR sowie der PdA nicht zu unterstützen.

**Frank Lena, Grüne:** Der Antrag des PRR ist kein Kompromiss. Es ist zwar schön, dass er fast alle Forderungen der Fraktionen Grüne, SP/JUSO und PSR sowie der PdA aufnimmt, gerade die wichtigste übernimmt er aber nicht. Der Fraktion Grüne geht es um die Auslagerung. Es ist klar: je mehr Heime ausgegliedert werden, desto höher wird der Druck auf die Institutionen. Als Pflegefachfrau war ich dem Ökonomisierungsdruck tagtäglich ausgesetzt. Keine Zeit, kein Personal und immer mehr Kranke... Herr Wiederkehr, dass Sie die Migros mit einem Heim vergleichen zeigt, dass Sie die Realität in der Pflege und in den Heimen nicht kennen. In der Migros wissen alle ungefähr, was sie jeden Tag vorfinden. In der Pflege ist nicht einmal klar, was die nächste Minute bringt. Somit können die Heime nicht einfach einer Marktlogik unterworfen werden. Als Gewerkschafterin ist für mich klar, dass wir uns gegen diesen Druck wehren müssen. Ich will die Bieler Heime nicht diesem Druck ausliefern. Andernorts wurden ähnliche Auslagerungen bereits abgelehnt. Ich hoffe, dass auch die vorliegende dazu gehören wird. Der Stadtrat hat die Möglichkeit, nochmals auf eine Entscheidung zurückzukommen, die schwerwiegende Folgen für das Personal, die PatientInnen und den städtischen Service public hat.

**Koller Levin, JUSO:** Die JUSO lehnt eine Auslagerung der städtischen Heime klar ab, denn sie wäre ein erster Schritt hin zu einer Privatisierung, die den Service public und zahlbare Betagtenheime nicht mehr garantieren könnte. Das wäre die logische Folge, denn in privaten Unternehmen stehen nicht mehr die Bedürfnisse der zu betreuenden Menschen im Zentrum, sondern die Profitinteressen der AktionärInnen. Betagte Menschen werden zu Wirtschaftsobjekten, mit welchen Gewinn und Rendite erwirtschaftet werden muss. Ob die Heime für die breite Masse zahlbar sind, ist für private Investoren sekundär. Die JUSO findet es falsch, menschliche Grundbedürfnisse der Logik des Profits zu unterwerfen. Doch genau diese

Privatisierung ist das Ziel der Bürgerlichen. Die heutige Auslagerungsvorlage ist bekanntlicherweise auf die Motion 20120370 «Städtische Alters- und Pflegeheime verselbstständigen» von Herrn Kaufmann zurückzuführen. Als diese 2013 im Stadtrat diskutiert wurde, sagte Herr Kaufmann unter anderem, dass die Motion ausdrücklich keine öffentliche Trägerschaft verlange. Die Absichten hinter dieser Aussage lassen sich leicht erahnen. Anlässlich der Stadtratssitzung vom 24. Februar 2016 wählten die Bürgerlichen ein Ausgliederungsmodell, das eine Privatisierung der Heime relativ einfach ermöglichte. Deren Plan ist offensichtlich: die Heime sollen mittels Salamtaktik privatisiert werden. Neben der drohenden Privatisierung führt die Auslagerung aber zu weiteren - von der JUSO unerwünschten - Effekten. Einerseits wird die demokratische Kontrolle der Heime durch die Auslagerung eingeschränkt. Stadtrat und Bevölkerung haben auf das Geschehen im Unternehmen also weniger Einfluss. Auch problematisch findet die JUSO, dass diesfalls Arbeiten (beispielsweise die Reinigung oder Hauswirtschaft) einfacher an externe private Unternehmen ausgelagert werden können. In privaten Unternehmen in diesen Sektoren herrschen häufig schlechtere Arbeitsbedingungen als bei der Stadt. So können Arbeitsbedingungen durch die Hintertür verschlechtert werden. Das ist für die JUSO inakzeptabel. Heute ist der 21. September 2017 und seit den Bieler Parlamentswahlen ist fast ein Jahr verstrichen. Bei diesen Wahlen haben die linken Parteien zugelegt. Anscheinend waren die Bieler Stimmberechtigten mit der Politik der letzten Legislatur inklusive der Auslagerungs- und Sparpolitik nicht einverstanden. Wir finden es deshalb aus demokratischer Sicht richtig und wichtig, dass der Stadtrat solche von der Bevölkerung nicht erwünschte Beschlüsse nun korrigiert. Insbesondere die Linken und Passerelle stehen dabei in der Pflicht, die Politik der letzten Legislatur nicht fortzusetzen. Stattdessen sollten die nötigen Korrekturen vorgenommen werden. Aus diesen Gründen bitten wir den Stadtrat, unserem Rückweisungs- und Rückkommensantrag zuzustimmen. Sollte dieser abgelehnt werden, wird die JUSO die Vorlage an der Schluss- und allfälligen weiteren Abstimmungen bekämpfen und die Auslagerung bei der Volksabstimmung entschieden ablehnen.

**Scheuss Urs, Grüne:** Es wurde gesagt, es sei undemokratisch, wenn sich die Linke gegen den bereits gefällten Auslagerungsentscheid wehrt. 2013 ging es um eine Stadtratsvorlage, genau wie heute. Schon nur aus rechtlicher Sicht sehe ich nicht, wo das Problem liegen soll. Vor allem aber kann ich die Argumentation von Herrn Gurtner nicht nachvollziehen. Vor einem Jahr versprach Passerelle, sich gegen die Auslagerung der Heime einzusetzen. Das ist ein Wahlversprechen. Ich habe noch nie gehört, dass es undemokratisch wäre, ein Wahlversprechen einzuhalten. Im Gegenteil: es nicht zu tun, wäre ein Betrug an der Wählerschaft. Die heutigen Stadratsmitglieder erhielten ihr Mandat nicht vom letzten Parlament, sondern von ihrer Wählerschaft. Ihr sind wir verpflichtet. Wäre es anders, gäbe es kein Frauenstimmrecht und auch keinen Atomausstieg. Beide Anliegen dürften auch der Passerelle am Herzen liegen. Sie kamen nur deshalb durch, weil ein einmal gefällter, demokratischer Entscheid später mit einem ebenfalls demokratischen Entscheid umgestossen wurde.

**Augsburger-Brom Dana, SP:** Ich möchte auf einige erwähnte Punkte reagieren. Der Linken wurde vorgeworfen, sie hätte nicht begründet, weshalb sie gegen eine Auslagerung ist. Von mir aus gesehen müsste eher begründet werden, weshalb ausgelagert werden soll. Weshalb soll etwas Funktionierendes mit hohem

Kostenaufwand ausgelagert werden, wenn es danach immer noch der Stadt gehört? Dazu wurde schon viel gesagt und es erschienen Zeitungsartikel darüber. Ich möchte ein Argument erwähnen, auf welches in früheren Diskussionen zu wenig eingegangen wurde. Welchen Einfluss hat der Stadtrat noch auf bereits ausgelagerte städtische Organisationen? Einmal pro Jahr wird ihm ein Jahresbericht zur Kenntnisnahme vorgelegt, über den er diskutieren, aber nicht befinden kann. Das ist für mich keine Einflussnahme. Zudem bin ich der Meinung, dass auch die Bevölkerung einen gewissen Einfluss haben sollte. Wenn etwas der Stadt gehört, ist die Bevölkerung Eigentümerin. Nach einer Auslagerung hat sie aber überhaupt nichts mehr zu sagen.

Ich möchte nun noch auf den Rückweisungsantrag der Fraktionen Grüne, SP/JUSO, PSR und PdA eingehen, auch wenn einiges bereits erwähnt wurde. Herr Kaufmann sprach von Mätzchen. Das lasse ich mir nicht gefallen! Die Linke vertrat immer die gleiche Meinung. Daran hat sich nichts geändert. Wenn sich die Bürgerlichen nun auf einen demokratischen Entscheid berufen, möchte ich erwähnen, dass auch die Wahlen demokratisch waren. Wie die Herren Koller und Scheuss sagten, war es ein wichtiges Wahlversprechen der Linken, sich gegen die Auslagerung der Altersheime zu wehren. Der Stadtrat ist heute anders zusammengesetzt als 2013. In den letzten Wahlen hat die Linke zugelegt. Deshalb reicht sie nun den vorliegenden Rückweisungsantrag ein, denn sie hat sich schon im Wahlkampf gegen die Auslagerung der Heime ausgesprochen. Das ist kein Gesinnungswandel, vielmehr stand die Linke immer zu ihren Ideen und Werten.

**Suter Daniel, PRR:** On vient de parler d'une proposition de renvoi mais en fait, il s'agit d'une proposition de réexamen. Le Conseil de ville est en réalité appelé à annuler une décision qu'il a prise en 2016. Cette proposition est clairement inhabituelle, mais manifestement personne ne l'a vue dans ce Conseil de ville et même moi, qui fait partie des plus anciens membres, je ne l'ai jamais vue. L'art. 52 du Règlement du Conseil de ville (RDCo 151.21) le stipule, mais dans un tout autre contexte et il ne serait pas applicable à la situation actuelle. Il faudrait se poser la question de la légalité, peut-être mais pour y trouver une réponse, il faudrait parcourir la voie judiciaire, mais ce n'est pas toujours la bonne idée de vouloir régler des questions politique par du juridisme. La gauche se sent en position de pouvoir et souhaite renvoyer ce dossier. Bravo, c'est osé! Pour cet hémicycle, c'est inhabituel et cela ressemble plutôt à des pratiques d'autres pays comme les USA, et encore, il fallait le 45<sup>ème</sup> président pour voir un exemple de détricotage, comme vous semblez vouloir le faire aujourd'hui. Le fond du problème est, à mon avis, que la gauche a peur de la notion de société anonyme. C'est l'horreur ce terme, il s'agit de société anonyme, quelque chose que l'on ne contrôle pas et c'est le pouvoir de l'argent et de l'exploitation. Cela a déjà été dit, il s'agit d'une société anonyme qui reste en main de la Ville et le PRR est prêt à suivre le Conseil municipal dans toutes ces valeurs clés pour rassurer un maximum. Je me souviens du débat concernant ESB où l'on entendait les mêmes peurs concernant l'externalisation, et le peuple avait accepté. Mais, on constate qu'aujourd'hui cette société anonyme fonctionne et que le personnel est content. De plus, il s'agit d'une poule aux œufs d'or pour la Ville et personne ne souhaite sa vente.

Pourquoi externaliser? Dans le Canton de Berne seulement cinq EMS sont en main public dans une structure de droit public, sur un total de 300 EMS. Alors pourquoi pas nous? Il existe une dizaine de homes en Ville de Bienne. Donc, la majorité des

personnes sont dans des homes privés qui sont peut-être des sociétés anonymes. Pourquoi pas cette structure à Bienne? Les jeunes de gauche font un discours connu et touchant, mais qui reste de l'idéologie. Je pense qu'il faudrait voir les besoins des personnes âgées. On constate, que les personnes âgées sont bien, voire mieux dans le privé que dans le public. De plus, le personnel bénéficie souvent de meilleures conditions comme dans le cas ESB lorsqu'il a été décidé de se libérer du Règlement du personnel de la Ville, afin d'engager des personnes hautement qualifiées sans être tenu par le barème salarial de la Ville. Il n'y a donc pas de raison de changer en société anonyme. Un avantage par rapport à aujourd'hui c'est un Conseil d'administration professionnel gèrera les quatre EMS. Je pense, qu'avec cette structure le souci de communication de cet été ne se reproduirait peut-être pas. La proposition du PRR, qui est pensée comme compromis, doit être acceptée par la gauche aussi.

**Kaufmann Stefan, FDP:** In meinem letzten Votum hielt ich mich an die Fraktionsmeinung, nun spreche ich als Einzelsprecher. Ich trage zwei Hüte: einerseits bin ich Verwaltungsratspräsident des Seelandheims Worben sowie eines Heims im Oberland. Die beiden Heime sind so weit voneinander entfernt, dass dies unproblematisch ist. Andererseits bin ich Bieler Stadtrat. Nun sagen die beiden Hüte nicht das Gleiche... Nicht alle Stadtratsmitglieder erlebten die Diskussionen über die Ausgliederung der Heime von Anfang an. Deshalb war ich den Sommer über als "Wanderprediger" unterwegs. Ich möchte einige Fakten erwähnen: Als Verwaltungsratspräsident des Seelandheims Worben wäre ich sehr froh, wenn ich die Tarife so gestalten könnte, wie ich möchte. Dann ginge es dem Seelandheim blendend. Leider schreibt der Kanton vor, wieviel ein Heim von Ergänzungsleistungsbeziehenden verlangen kann. In Biel wohnen meines Wissens nur in der Residence au Lac und im Alterswohnheim Büttenberg Selbstzahlende. Jedenfalls gibt es in Biel nicht sehr viele Personen, die jeden Monat CHF 6'000 für den Heimaufenthalt zahlen können, ohne zusätzlich auf Ergänzungsleistungen angewiesen zu sein. Der Markt der Selbstzahlenden ist klein. Dies zur Behauptung, bei einer Privatisierung würden die Kosten so weit steigen, dass sich niemand mehr einen Heimaufenthalt leisten könne. Im Kanton Bern können sich alle einen Heimplatz leisten. In Biel sind rund ein Drittel der Heime städtisch, die restlichen privat oder anders organisiert. Der Ökonomisierungsdruck ist in den städtischen Heimen genau so hoch wie in den privaten. Der Kanton möchte den Hotellerie- und den Infrastrukturkostenbeitrag für alle Heime gleichermassen um ungefähr CHF 3.- pro Person und Tag senken. Für die Bieler Heime macht dies Mindereinnahmen von rund CHF 300'000 aus. Gut geführte Heime haben ihre Kosten unter Kontrolle. Ich fragte den Gemeinderat nach dem Halbjahresabschluss der Heime, erhielt aber noch keine Antwort. Ich weiss nicht, wie die Stadt die Heimkosten überwacht. Wer die Kosten nicht im Griff hat, erwirtschaftet blitzartig ein riesiges Defizit. Das sind Fakten. Dabei spielt es keine Rolle, ob ein Heim öffentlich oder privat organisiert ist.

Es war von demokratischer Kontrolle die Rede. Zum Glück stehen die Heime nicht unter demokratischer Kontrolle! Es wäre schlimm, wenn sich der Stadtrat in die Geschäfte der Heime einmischen wollte! Es geht um ein hochkomplexes Gebiet und ich bin froh, wenn sich Spezialisten darum kümmern und nicht jeder Laie auch noch sagen kann, wie ein Heim geführt werden soll. Das Gewinnstreben spielt bei meiner Überzeugung für eine Ausgliederung überhaupt keine Rolle. Seit etwa anderthalb Jahren beschäftige ich mich rund fünf Stunden pro Woche mit der Zukunft der Heime.

Diese wird für alle Betroffenen eine unglaubliche Herausforderung. In Zukunft dürfte unausweichlich sein (es wird nicht mehr anders gehen), als dass alle Anbietenden im Segment Alter zum Wohl der alten Menschen zusammenarbeiten. Wer Heimstrukturen und Kostenkontrolle nicht à jour hält und zudem innovativ ist, hat auf diesem Markt keine Chance. Wer 2025 ein Angebot bereitstellen will, muss schon heute mit der Planung beginnen. Die städtischen Heime hätten bereits vor zehn Jahren renoviert werden müssen. Bis es aber soweit ist, dürften nochmals zehn Jahre verstreichen, zumindest solange sich in der Verwaltung kein Organ strategisch um diesen Bereich kümmert, hat das niemand im Griff, aber im Gemeinderat ist das nun mal nicht gegeben. Eine AG hingegen kann die Gewähr bieten, dass sich Spezialisten um ein Heim kümmern. Ein Eckwert des vorliegenden Berichts sagt, dass im Verwaltungsrat nicht zu viele städtische Angestellte einsitzen sollten, sondern Fachleute. Damit kann die Zukunft der städtischen Heime in Angriff genommen werden. Die Situation wird immer schwieriger. Heute funktioniert ein Altersheim ganz anders als noch 2013. Die Herausforderungen sind anders, es braucht andere Angebote und anders ausgebildetes Betreuungspersonal. Wer diesen Wandel nicht proaktiv angeht, ist zu spät. Selbstverständlich funktionieren die Heime auch als Teil der städtischen Verwaltung. Die Frage ist nur, wieviele Steuergelder die Stadt jährlich investieren soll für etwas, das nicht so optimal ist und keine sehr gute Struktur hat. Wenn die Strukturen nicht gut sind, können die Angestellten noch so gut arbeiten, sie werden keinen Erfolg haben. Ich bitte den Stadtrat, den Heimen die Chance zu geben, in eine gute Zukunft zu gehen.

**Wiederkehr Martin, SP:** Ich komme an das Rednerpult, weil dieses Thema sozusagen zu meinem Dailybusiness gehört: Meine Frau ist Geschäftsführerin eines grösseren Pflegeheims im Kanton Solothurn. Herr Kaufmann sagte viel zu den Finanzen und über den Einfluss des Stadtrates darauf. Ich selber (als Spitex-Präsident Biel/Bienne) merke dies bei der Spitex, denn hier hat der Stadtrat kaum Einfluss. Ich bin schon froh, wenn ich mit der Finanzierung der Liegenschaften und allem anderen zu Rande komme... Was das Personal anbelangt, so ist dieses nicht unter Druck wegen der Kosten oder dem fehlenden Gewinn, sondern ganz einfach deshalb, weil nicht genug Personal vorhanden ist! Ich bin daher froh, dass nun einige Eritreerinnen mit Ausweis F auf den Markt kommen, die im Kanton Bern angestellt und ausgebildet werden dürfen. Ich genehmige täglich genau solche Verträge! Diese Eritreerinnen, Syrierinnen und andere leisten in den Pflegeheimen ausgezeichnete Arbeit. Leider können sie allerdings noch nicht so gut Deutsch, weshalb der Spracherwerb etwas kostet. Es geht nicht darum, dass irgendwelche «bösen» Personen Druck machen, sondern darum, dass Personal und insbesondere Fachpersonal und solches auf Tertiärstufe auf dem Markt fehlt! Deshalb zahlt wahrscheinlich auch Spitex dem Fachpersonal viel bessere Löhne als die Stadt und findet genau aus diesem Grund immer wieder gute Mitarbeitende, die anderswo kündigen. Spitex ist also bezüglich der Löhne flexibler, das ist das eine. Somit gilt es auch für die Stadt Massnahmen zu treffen und damit komme ich zum anderen: Eine Stadt, ein Gemeinderat sollte doch fähig sein ein Heim zu führen! Falls dem nicht so ist, frage ich mich, weshalb er gewählt wurde. Der Gemeinderat soll nun beweisen, dass er auch APH führen kann!

**Tennenbaum Ruth, Passerelle:** Passerelle wurde direkt angegriffen. Ich möchte auf die Voten der Herren Scheuss und Koller eingehen. Doch zuerst zu den Rückweisungsanträgen: Im Februar 2016 traf der Stadtrat eine Entscheidung, die ich

nicht unterstützte. Der Gemeinderat erhielt den Auftrag, den vorliegenden Bericht auszuarbeiten. Nun unterbreitet er diesen dem Stadtrat zum Richtungsentscheid darüber, wie die Heime in Zukunft organisiert werden sollen. Damit gibt er dem Stadtrat die Möglichkeit, Einfluss auszuüben. Wenn ich den Rückweisungsantrag nicht unterstütze, sagt das noch nichts darüber aus, ob ich den Bericht des Gemeinderats unterstütze. Aber ich habe ein grundsätzlich anderes demokratisches Verständnis als die Linke und die Fraktion PRR. Eigentlich entspricht der Antrag der Fraktion PRR meiner Vorstellung, der Bevölkerung drei Organisationsvarianten vorzulegen, eine die den Verbleib der Heime bei der Stadt vorsieht und zwei Varianten die eine Ausgliederung vorsehen. Mir ist nicht klar, weshalb sich die Linke so sehr dagegen wehrt, diese Entscheidung der Bevölkerung zu überlassen. Schlussendlich wird die Bevölkerung entscheiden müssen, auch wenn die Stadratsmitglieder gewählte Volksvertretungen sind. Darum wäre es mir lieb gewesen, der Bevölkerung eine Auswahl zu bieten. Da sich aber beide Rückweisungsanträge grundsätzlich gegen den Stadratsbeschluss vom Februar 2016 wenden, kann ich weder den einen noch den anderen unterstützen. Ob ich dem gemeinderätlichen Vorschlag schlussendlich zustimme, ist noch unklar.

**Wiher Max, GLP:** Die JUSO sagte, wer die Heime auslagern wolle, sei eigentlich für eine Privatisierung. Ich glaube nicht, dass es die Idee der Bürgerlichen ist, die Heime in eine private AG auszulagern. Das sind Hirngespinnste. Die Fraktion GLP würde einer Privatisierung jedenfalls nicht zustimmen. Ihr geht es aber darum, für die Altersheime flexible und moderne Strukturen zu schaffen, solche, die sie verdienen. Sie sollen nicht weiterhin verkrustete und schwerfällige Entscheide treffen müssen. Ich habe grosses Vertrauen in die Fachleute. Ich bin Grafiker und Kommunikationsberater. Als Stadtrat würde ich es mir nicht zutrauen, strategisch in eine Heimleitung einzugreifen. Das müssen Fachleute machen. Solche sind in einer städtischen AG sicher gewährleistet. Sollen einmal gefällte Entscheide umgestossen werden können, wenn sich nach den Wahlen die Mehrheitsverhältnisse ändern? Ich frage mich, welchen Wert diesfalls Stadratsentscheide überhaupt noch haben. Mir kommt es sehr amerikanisch vor, wenn künftige Stadträte alle unsere heutigen Entscheide einfach wieder kippen können sollen.

**Freuler Fritz, Grüne:** Ich bin sehr erfreut über die laufende Debatte und das darin manifestierte Engagement für die Heime! Auch die Präsenz auf der Tribüne seitens des Personals und der Bevölkerung, die sich für die Heime interessiert freut mich sehr, zumal immer wieder von demokratischer Kontrolle und Ähnlichem die Rede ist. Folgt heute der Stadtrat dem Antrag des Gemeinderats (oder allenfalls seinem nächsten Antrag), dann diskutiert das Parlament noch zweimal über die Heime und dann nicht mehr. Anschliessend können die Berichte wie Frau Augsburg-Brom gesagt hat nur noch zur Kenntnis genommen und allenfalls absegnet werden. Die Diskussion ist dann beendet, Herr Kaufmann. Ich möchte nicht lange sprechen, möchte allerdings noch auf zwei Unterstellungen oder Missverständnisse eingehen und einen Schluss ziehen. Herr Kaufmann hat behauptet, die Linke unterstelle privaten Heimen per se schlechte Arbeit. Das habe ich nicht gesagt, auch heute nicht! Es ist klar, dass auch private Institutionen gute Arbeit leisten können. Allerdings macht es einen grossen Unterschied, ob Private die Initiative ergreifen und die öffentliche Hand dazu aufgrund ihrer Organisation nicht oder erst zu spät dazu in der Lage ist. Diesfalls sind die privaten Heime im Vorteil. Argumentiert wird aber auch, dass die privaten Heime über die gleichen Finanzen verfügen, weil diese vom Kanton vorgegeben würden und es daher keinen Spielraum gebe. Aber: Diese Woche fand

eine Medienkonferenz zum Budget 2018 statt (offenbar geht es einigermaßen auf...). Am Horizont ziehen aber schwarze Wolken auf, die von uns nicht beeinflusst werden können. Die Mehrheitsverhältnisse im Grossen Rat dürften Biel nämlich Abbaupakete beschere, die grosse Auswirkungen haben werden. Bei den Heimen bleibt es vielleicht nicht bei den von Herrn Kaufmann erwähnten Einsparungen von CHF 3.- pro Tag und Person. Kommt die Generation der Babyboomer einmal in die Pflegeheime oder braucht Altersbetreuung, wird der finanzielle Druck noch grösser und es wird Verantwortung übernommen werden müssen. Es kann sein, dass es dann so herauskommt wie bei der Stadt Bern (als schlechtem Beispiel), dass nämlich Steuergelder in ein Heim investiert werden müssen. Warum muss sie das tun? Vielleicht stimmen die kantonalen Tarife für dieses Heim einfach nicht und die Stadt Bern wollte trotzdem die BewohnerInnen des Heims gut betreuen und nicht auf dem Buckel des Personals sparen. Das bedeutet für mich Verantwortung übernehmen! Diese Verantwortung tragen wir auch heute und es ist unsinnig, diese abzugeben. Die Äusserung bezüglich des Demokratieverständnisses finde ich in Anbetracht des Stadtratsbeschlusses von 2016 fragwürdig. Die damals geführten Auseinandersetzungen und die danach erfolgenden Wahlen und das damit verbundene Engagement verpflichten uns und haben uns auch ein Stück recht gegeben. Alle hier getroffenen Entscheide haben vermutlich einmal anders gelautet, sonst hätte keine Entwicklung stattgefunden und wir würden uns immer noch nach den 10 Geboten richten... Was die bürgerliche Seite nicht wahrhaben will, ist, dass in der Bevölkerung ein Umdenken stattgefunden hat. Es hat eine Zeit lang viele Ausgliederungen gegeben die auch funktionierten. Die Bevölkerung hat aber die Erfahrung gemacht, dass da etwas nicht gut läuft und zwar auch bei den ganz grossen Unternehmungen wie Swisscom oder Postfinance. Ich erinnere an die Diskussionen zu den Poststellen- oder dem Bahnnetz. Wer einmal in England war und die Bahn benutzt hat weiss, wohin Ausgliederungen führen können. Nun folgt leider ja häufig auf eine Ausgliederung die Privatisierung....

**Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident:** Herr Freuler, Sie sollten zum Schluss kommen.

**Freuler Fritz, Grüne:** Ich komme zum Schluss: der Antrag des Gemeinderates ist zurückzuweisen. Ich möchte dem Stadtrat beliebt machen, dem Rückweisungsantrag der Fraktionen Grüne, SP/JUSO und PSR sowie der PdA zuzustimmen, und zwar auch aus Effizienz- und Finanzgründen. Wird der Antrag des Gemeinderats angenommen, verschwendet die Stadt CHF 600'000. Für die Ausgliederung wurden bereits CHF 80'000 ausgegeben, CHF 600'000 sind noch zu sprechen. Ich garantiere Ihnen, dass die Stadt eine solche Volksabstimmung nicht gewinnen wird. VPOD und Gewerkschaften stehen hinter unserer Ansicht und haben genug Erfahrung mit Kampagnen um eine solche Abstimmung zu gewinnen, so wie die meisten Abstimmungen in diesem Bereich auch gewonnen werden konnten. Vielen Dank für die Zustimmung.

**Hamdaoui Mohamed, PSR:** Je serai d'une brièveté exemplaire. Il y a un mot que l'on a encore relativement peu prononcé: "Peuple". Même, si d'aventure ce soir, le Conseil de ville devrait refuser les propositions de renvoi et accepter ce projet et bien c'est le Peuple qui se prononcera. Je ne pense pas que ce dernier acceptera ce projet d'ici deux à trois ans et cette réponse est connue d'avance. L'exemple d'ESB a été évoqué et il s'agissait d'une majorité de hasard pris parfois sur des malentendus.

De plus, cette fois-ci, il ne s'agit pas d'un vote sur des prises électriques, mais sur des personnes âgées et en fin de vie. Il y a donc deux possibilités qui s'offrent au Conseil de ville: La sagesse et donc remettre l'ouvrage sur le métier afin de trouver des solutions sur des problèmes qui existent ou bien faire un forcing et perdre trois ans comme c'est le cas au niveau fédéral concernant l'AVS. Il faut donc accepter la proposition de renvoi afin de présenter un meilleur projet. Pour terminer, j'ai beaucoup entendu que la gauche fait preuve d'idéologie, mais je tiens à préciser que si vraiment on ferait de l'idéologie, on réclamerait la nationalisation des EMS. Il s'agit donc de politique et non d'idéologie.

**Gurtner Roland, Passerelle:** Je me dois de mettre les choses au claire concernant l'intervention de Monsieur Scheuss. Je m'attendais à ce reproche mais je suis désolé qu'il est été formulé dans ce Parlement car normalement le linge sale est lavé en famille. Concernant cette fameuse promesse électorale, il est vrai que Passerelle a signé une convention avec le Syndicat et Les Verts. Elle a été signée dans le cadre exclusif de l'élection au Conseil municipal et son titre est "Convention concernant l'élection au Conseil municipal". Passerelle a signé après qu'elle ait été approuvée par le Syndicat et Les Verts. Mais, Passerelle n'était pas d'accord de soutenir toute externalisation et privatisation des services de l'Administration, par principe. Lorsque Passerelle a voulu modifier les termes de la convention, il a été répondu que c'était trop tard et que le Syndicat et Les Verts avaient déjà approuvé et qu'il fallait signer. Cet engagement ne vaut donc que pour la campagne pour le Conseil municipal et nous sommes ici au Conseil de ville et aucun accord n'a été signé à ce niveau. Donc Passerelle n'est absolument pas tenu par cette convention pour discuter de ce dossier.

**Haueter Joël, SVP:** Ich hatte das Glück, die ersten zwanzig Jahre meines Lebens neben einem Altersheim zu wohnen. Ich hatte die beste Kindheit, denn ich hatte etwa 100 Grossmütter und 85 Grossväter. Bereits ab 12-jährig durfte ich für etwa CHF 5.- pro Stunde im Hausdienst arbeiten. Ich genoss das Zusammensein mit den älteren Menschen und schätzte diese sehr. Beim Heim handelt es sich um das Schlössli Pieterlen, eine private Stiftung. Ich merkte, dass die Organisationsform keinen grossen Einfluss auf die Qualität eines Heimes hat. Viel wichtiger ist, dass Verwaltungsrat und Leitung Rahmenbedingungen schaffen, in welchen sich die Mitarbeitenden entfalten können und die Leitung die Menschen mag.

Obschon ich sage, die Organisationsform spiele keine Rolle, werde ich dem Antrag des Gemeinderats zustimmen. Ich bin überzeugt, dass der Betrieb von Pflegeheimen keine städtische Kernkompetenz ist. Den städtischen Heimen geht es heute schlecht, weil die Rahmenbedingungen weder für das Personal noch infrastrukturell stimmen. Deshalb können die städtischen Heime nicht die besten Mitarbeitenden rekrutieren. Zudem wurde jahrelang nichts in die Infrastruktur investiert. Ich sage nicht, das liege nur an der Organisationsform, aber es sind heute sichtbare Fakten. Der Vorschlag des Gemeinderats ist aus meiner Sicht sehr sozial. Als ich ihn erstmals las, fand ich, er entspreche nicht dem Stadtratsbeschluss von 2016. Ich konnte mich aber dazu durchringen, diesem Kompromiss zuzustimmen. Ich ging davon aus, dass dieser Vorschlag den sozialistischen Ratsmitgliedern in die Hände spielen würde. So sollen beispielsweise alle Mitarbeitenden übernommen werden. Gleichzeitig soll den heutigen Mitarbeitenden für die Dauer von zwei Jahren der Besitzstand gewährt werden und zudem ein Gesamtarbeitsvertrag (GAV) ausgehandelt werden. Mich

persönlich stört der GAV sehr, denn ich finde, er engt die Rahmenbedingungen zu sehr ein. Trotzdem wäre ich bereit, diesen Kompromiss einzugehen. Die Linke will aber einfach ihr Wahlversprechen einhalten. Als sie dieses abgab, wusste sie aber noch nicht, welcher sozialen Lösungsvorschlag der Gemeinderat präsentieren würde. Frau Frank, ich bin überzeugt, dass Sie mit einem GAV auch in einem als AG organisierten Altersheim gut arbeiten könnten und super Rahmenbedingungen hätten. Eine Salamtaktik sehe ich darin überhaupt nicht. Eine allfällige Privatisierungsabsicht ist mit dem Vorschlag des Gemeinderats vom Tisch. Ich bin erstaunt, dass die Herren Freuler und Hamdaoui die Zukunft voraussagen können und schon genau wissen, wie die Bieler Bevölkerung abstimmen wird. Ich wäre mir über den Ausgang dieser Volksabstimmung nicht so sicher, denn der Vorschlag des Gemeinderats ist sehr ausgewogen und berücksichtigt auch sozialpolitische Aspekte. Dies dürfte auch die Wählerschaft der SP und der Grünen merken. Ich bitte die vernünftigen Linken, nochmals nachzudenken und den Rückweisungsantrag abzulehnen.

**Grupp Christoph, Grüne:** Ich möchte den Herren Leuenberger und Suter für ihre aktienrechtlichen Ausführungen danken. Ich behaupte, dass es auch linke Stadtratsmitglieder gibt, die den Unterschied zwischen einer gewinnorientierten und gemeinnützigen Organisation, respektive einer öffentlich-rechtlichen und einer privaten AG kennen. Mich nähme es aber wunder, wie Herr Leuenberger als Stadtratsmitglied einen Verwaltungsrat jederzeit auswechseln möchte. Vielleicht kann er mir das bei anderer Gelegenheit sagen... Für mich ist weder die eine noch die andere Organisationsform richtig. Der gemeinsame Nenner dürfte Punkt 1 beider Rückweisungsanträge sein, den glücklicherweise niemand bestreitet: die Bieler Pflegeheime sollen eine würdige Betreuung und Pflege der betagten Menschen sicherstellen, attraktive Arbeitsbedingungen bieten und eine konkurrenzfähige Infrastruktur erhalten. Das ist unbestritten und ich finde es gut, dass sich der Stadtrat darin einig ist. Der Weg zu diesem Ziel ist offen und theoretisch auf verschiedene Arten möglich. Ich möchte erwähnen, dass ich mich anlässlich der Auslagerungsdebatte zum Energie Service Biel/Bienne (ESB) für dessen heutige Rechtsform aussprach. Bei den Altersheimen bin ich aber gegen eine Auslagerung. Wie gesagt wurde, gibt es im Bereich der Altersheime einen relativ kleinen Markt, denn dieser Bereich ist stark reglementiert. Für mich ist zentral, dass es um Menschen geht und nicht um ein paar Rappen mehr oder weniger pro kWh. Auch die städtischen Verkehrsbetriebe wurden ausgelagert. Dort geht es zwar auch um den Transport von Menschen, aber doch viel mehr um Sicherheit und technische Aspekte. Für mich gibt es einen grossen Unterschied zu den Alters- und Pflegeheimen. Deshalb ist für mich die demokratische Kontrolle zentral. Trotzdem habe ich Verständnis für das Anliegen der Ausgliederung. Über die letzten Jahre gab es in den Bieler Heimen Ausfälle in der Führung und in der Infrastruktur. Die vehemente Forderung des Stadtrates nach einer Ausgliederung ist meiner Ansicht nach auch eine Folge davon, dass Gemeinderat und Verwaltung ihre Hausaufgaben in den letzten Jahren nicht gemacht haben. Hier muss der Stadtrat ansetzen, egal, welche Rechtsform er wählt. Gemeinderat und Verwaltung sind in der Pflicht, grundlegende Änderungen in der Organisationsform an die Hand zu nehmen und Verbesserungen vorzunehmen. Der Stadtrat muss eingreifen können, wenn er den Eindruck hat, dass passiere nicht. Deshalb bin ich für den Verbleib der Heime als Teil der öffentlichen Verwaltung. Ich gebe Herrn Wiederkehr recht, dass der Stadtrat diese Kontrollfunktion in den letzten Jahren ungenügend wahrnahm. Die Stadtratsmitglieder

müssen sich selber an der Nase nehmen. Ich kann mich nicht erinnern, jemals einen Vorstoss gesehen zu haben, der sich inhaltlich mit den Pflegeheimen befasst hätte. Wenn die Stadt künftig immer noch Besitzerin der Heime ist, muss sich der Stadtrat sehr viel intensiver um dieses Thema kümmern, so dass er seinen Wahlversprechen gerecht wird.

### **Ordnungsantrag**

**Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO:** Ich hätte noch viel zu sagen, möchte mich aber nur noch kurz zum GAV und dem Personalreglement der Stadt Biel (SGR 153.01) äussern. Die frühzeitige Pensionierung ist in der Stadt Biel viel besser geregelt als beispielsweise im dedica GAV. So gewährt die Stadt Biel eine Überbrückungsrente ab dem 63. Altersjahr, überdies einen Mutterschaftsurlaub von 16 Wochen, der dedica GAV gewährt diesen nur für 14 Wochen. Der Vaterschaftsurlaub in der Stadt Biel beträgt 20 Tage, derjenige gemäss dedica GAV nur 5 Tage. Städtische Angestellte haben auch mehr Ferien sowie eine Wohnsitzzulage von CHF 1920.- pro Jahr. Ich hätte noch eine lange Liste, will aber die Sitzung nicht verlängern. **Stattdessen stelle ich den Ordnungsantrag, dem Gemeinderat das Wort jetzt zu erteilen und noch vor der Pause über das Geschäft abzustimmen.**

### **Abstimmung**

- über den Ordnungsantrag von Herrn Steinmann

### **Der Antrag wird angenommen.**

**Némitz Cédric, directeur de la formation, de la culture et du sport:** Le sujet est effectivement à l'ordre du jour du Conseil de ville ce soir et on peut se réjouir de la discussion qui vient d'être menée avec engagement et avec beaucoup de compétences. Il y a une bonne et grande connaissance des enjeux, qui touche la politique des EMS et leur gestion et je trouve réjouissant, que le Conseil de ville se montre s'y performant dans ce domaine. Nous avons un souci commun, qui a été souligné et je pense qu'indépendamment du parti politique, cela n'est pas contesté. Il s'agit de la qualité de vie des pensionnaires, des soins, de la motivation du personnel, des investissements et tout cela dans un contexte économique difficile, qui va se compliquer. La difficulté est de trouver une majorité solide, qui permet d'avancer sur ce dossier. Les majorités évoluent et peut-être même encore ce soir, mais de très peu finalement et on peut tout à fait imaginer, que dans quelques mois cela évoluera dans un autre sens. Chacun doit être conscient que ces majorités trop courtes ne nous permettent pas d'avancer. C'est très difficile pour le Conseil municipal d'avoir une directive claire qui permet de résoudre les problèmes auxquels nous sommes confrontés. La société anonyme est la proposition du Conseil de ville décidée en 2016 et ce n'était pas la recommandation du Conseil municipal. Le prolongement, l'accomplissement ou la modification du projet de cette société anonyme relève de la compétence du Conseil de ville. Le Conseil municipal a essayé de faire le travail de la préparation d'un projet de société anonyme le plus honnêtement possible et c'est celui qui vous est présenté ce soir. Le souci du Conseil municipal est de pouvoir avancer et de trouver aussi vite que possible une solution crédible et durable, sans

perdre encore des mois et des années dans un débat politique stérile. C'est cela qui va être compliqué, quel que soit l'issue des débats et votes de ce soir. Ce qui est frustrant, c'est que nous sommes d'accord sur le diagnostic mais pas sur le traitement et personne ne souhaite le statu quo. En effet, ce n'est pas une option car il en va de l'avenir de nos homes. Le Conseil municipal souhaite s'engager et il va le faire, car son but est de trouver une solution qui obtient la majorité des voix. Il serait donc souhaitable que le Conseil de ville trouve ce soir les moyens d'avoir une base qui permet de construire cette majorité. Le Conseil municipal souhaite aussi travailler à une solution avec toutes celles et ceux qui seront d'accord de discuter sur ce sujet. Il n'y aura pas d'autres possibilité et nous devons essayer de réunir celles et ceux qui veulent construire un consensus, qui peut obtenir une majorité au Conseil de ville et aussi devant le Peuple. À mon avis, il y a urgence.

**Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident:** Wir kommen zur Abstimmung. Als erstes werden die beiden Rückweisungsanträge einander gegenübergestellt.

### **Abstimmung**

- Gegenüberstellung des Rückweisungs- und Rückkommensantrags der Fraktionen Grüne, SP/JUSO und PSR sowie der PdA und des Rückweisungs- und Rückkommensantrags der Fraktion PRR

**Der Rückweisungs- und Rückkommensantrag der Fraktionen Grüne, SP/JUSO und PSR sowie der PdA obsiegt.**

**Fehr Erich, Stadtpräsident:** So wie ich es sehe, muss der Rückweisungs- und Rückkommensantrag der Fraktionen Grüne, SP/JUSO und PSR sowie der PdA nun dem Antrag des Gemeinderats gegenübergestellt werden.

**Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident:** Danke für diese Information. Es wird wie vom Stadtpräsidenten vorgeschlagen abgestimmt.

### **Abstimmung**

- Gegenüberstellung des Rückweisungs- und Rückkommensantrags der Fraktionen Grüne, SP/JUSO und PSR sowie der PdA und des Antrags des Gemeinderats

**Der Antrag des Gemeinderats wird angenommen.**

*(Unruhe im Saal)*

**Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident:** Ich zweifle, ob dieses Abstimmungsergebnis stimmt...

**Freuler Fritz, Grüne:** Ich finde, es sollte nochmals ausgezählt werden. Die Verwirrung ist riesig...

**Fehr Erich, Stadtpräsident:** Vielleicht habe ich das Abstimmungsprozedere zu verkürzt dargestellt. Es geht momentan darum, ob das Geschäft zurückgewiesen

oder dem Gemeinderat gefolgt werden soll. Wird der Rückweisungs- und Rückkommensantrag abgelehnt, folgt eine Detailberatung. Mit der jetzt zu tätigen Abstimmung geht es noch nicht darum, den Antrag des Gemeinderats samt seiner 32 Eckwerte anzunehmen.

### **Abstimmung**

- über den Rückweisungs- und Rückkommensantrag der Fraktionen Grüne, SP/JUSO und PSR sowie der PdA

**Der Antrag wird mit Stichentscheid des Stadtratspräsidenten abgelehnt.**

*(Grosse Unruhe im Saal)*

### **Ordnungsantrag**

**Freuler Fritz, Grüne:** Dieses Resultat kann nicht stimmen. **Ich beantrage, die Abstimmung zu wiederholen.**

### **Abstimmung**

- über den Ordnungsantrag von Herrn Freuler, die Abstimmung zu wiederholen

**Der Antrag wird angenommen.**

### **Ordnungsantrag**

**Kaufmann Stefan, FDP:** Die Auszählung scheint schwierig zu sein. **Ich beantrage eine geheime Abstimmung,** damit Zettel ausgezählt werden können.

### **Ordnungsantrag**

**Ogi Pierre, PSR:** **J'appelle à procéder au vote nominatif.** Il s'agit bien évidemment d'une motion d'ordre.

**Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident:** Es liegen also zwei Ordnungsanträge vor, die nun einander gegenübergestellt werden.

### **Abstimmung**

- Gegenüberstellung des Ordnungsantrags auf geheime Abstimmung und des Ordnungsantrags auf Abstimmung unter Namensaufruf

**Der Ordnungsantrag auf Abstimmung unter Namensaufruf obsiegt.**

**Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident:** Wir kommen zur Abstimmung über den Rückweisungs- und Rückkommensantrag der Fraktionen Grüne, SP/JUSO und PSR sowie der PdA unter Namensaufruf. Wer dem Antrag zustimmt, sagt Ja, wer ihn ablehnt, sagt Nein. (*Unruhe im Saal*) Gibt es noch Unklarheiten zum Abstimmungsprozedere?

### Ordnungsantrag

**Fischer Pascal, Die Eidgenossen:** Es ist ein riesiges Durcheinander. Ich habe den Eindruck, selbst der Stadtratspräsident hat den Durchblick verloren. **Ich stelle den Ordnungsantrag, jetzt Pause zu machen und danach abzustimmen**, wenn alle wieder einen klaren Kopf haben.

### Abstimmung

- über den Ordnungsantrag von Herrn Fischer

**Der Ordnungsantrag wird abgelehnt.**

**Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident:** Wir kommen also zur Abstimmung unter Namensaufruf über den Rückweisungs- und Rückkommensantrag der Fraktionen Grüne, SP/JUSO und PSR sowie der PdA

### Abstimmung

- über den Rückweisungs- und Rückkommensantrag der Fraktionen Grüne, SP/JUSO und PSR sowie der PdA

			Ja	Nein	Enthaltungen / Abstentions
SP	Arnold	Marc	x		
SP	Arnold	Niels	x		
SP	Augsburger	Dana	x		
Les Verts	Beriger	Michelle	x		
PRR	Bord	Pascal		x	
GLP	Briechle	Dennis		x	
FDP	Cadetg	Leonhard		x	
SP	Clauss	Susanne	x		
PSR	Diop	Mamadou	x		
DE	Fischer	Pascal		x	
Grüne	Frank	Lena	x		
Grüne	Freuler	Fritz	x		
PSR	Gonzalez	Glenda	x		
Grüne	Grupp	Christoph	x		
DE	Güdel	Martin		x	
BDP	Gugger	Reto		x	
JUSO	Günther	Muriel	x		

PAS	Gurtner	Roland		x	
PSR	Hamdaoui	Mohamed	x		
SVP	Haueter	Joël		x	
PSR	Jean-Quartier	Caroline	x		
Grüne	Känzig	Urs	x		
FDP	Kaufmann	Stefan		x	
JUSO	Koller	Levin	x		
PSR	Kugathas	Sakitha	x		
SP	Külling	Urs	x		
FDP	Leuenberger	Bernhard		x	
Grüne	Loderer	Benedikt	x		
EVP	Löffel	Christian		x	
JUSO	Meyer	Miro	x		
EVP	Molina	Franziska		x	
FDP	Moser	Peter		x	
PSR	Ogi	Pierre	x		
PRR	Paronitti	Maurice		x	
PRR	Pittet	Natasha		x	
PSR	Rebetez	Maurice	x		
UDC	Rochat	Julien		x	
Les Verts	Roth	Myriam	x		
SVP	Scherrer	Martin		x	
Grüne	Scheuss	Urs	x		
PdA	Schmid	Judith	x		
SVP	Schneider	Sandra		x	
EDU	Schor	Alfred		x	
SP	Steinmann	Alfred	x		
GLP	Stocker	Julien		x	
SP	Strobel	Salome	x		
PRR	Suter	Daniel		x	
BVP	Sutter	Andreas		x	
SP	Tanner	Anna	x		
PAS	Tennenbaum	Ruth		x	
UDC	Wächter	Olivier		x	
FDP	Wendling	Cécile		x	
UDC	Widmer	Patrick		x	
SP	Wiederkehr	Martin	x		
GLP	Wiher	Max		x	
	<b>Total</b>		<b>28</b>	<b>27</b>	

**Der Rückweisungs- und Rückkommensantrag der Fraktionen Grüne, SP/JUSO und PSR sowie der PdA wird mit 28 JA zu 27 NEIN mit 0 Enthaltungen angenommen.**

**142. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20170284, Martin Wiederkehr, Fraktion SP/JUSO, "Die Versorgungssicherheit im Bereich Spitex ist gefährdet"**

**Wiederkehr Martin, SP:** Im November entscheidet der Grosse Rat über ein kantonales Sparpaket. Sollte er betreffend Spitex im Sinne des Regierungsrates entscheiden, hätte das Konsequenzen für die Stadt Biel. Der Gemeinderat ist aufgefordert, sich Gedanken über diese Sparmassnahme zu machen. Die Spitex kann keine weiteren Dienstleistungen einsparen und Personal hat sie schon heute zu wenig...

**Die Dringlichkeit wird gewährt.**

**143. Begründung der Dringlichkeit der überparteilichen Interpellation 20170285, Urs Scheuss, Grüne, Muriel Günther, JUSO, Anna Tanner, SP, "Handhabung bei politischen Kundgebungen"**

**Scheuss Urs, Grüne:** Nach monatelanger Vorbereitung und enger Zusammenarbeit mit den zuständigen städtischen Stellen und weiteren Betroffenen mussten die Veranstalter der Demonstration "Biel wird laut" vom kommenden Samstag erfahren, dass der Direktor Soziales und Sicherheit, Herr Feurer, entschieden hat, die Schlussveranstaltung von der Esplanade hinter den Gaskessel zu verlegen. Inzwischen hat Herr Feurer seine Entscheidung zurückgenommen und die Veranstaltung kann auf der Esplanade stattfinden. Dennoch stellen sich einige dringende Fragen über die Handhabung politischer Kundgebungen.

**Die Dringlichkeit wird gewährt.**

**144. Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20170294, Glenda Gonzalez, Fraktion PSR, "Eine Signalisation, welche der Zweisprachigkeit angepasst ist und 42% der Bevölkerung respektiert"**

**Gonzalez Glenda, PSR:** Le PSR demande l'urgence pour ce sujet car la signalisation de l'axe ouest n'est pas encore fixée mais le sera prochainement.

**Die Dringlichkeit wird gewährt.**

(Anmerkung Ratssekretariat: Frau Gonzalez hat den Vorstoss am 25. September 2017 zurückgezogen.)

**145. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20170286, Bord Pascal, Fraktion PRR, "Sind die Stellen der Generalsekretäre und -sekretärinnen und ihrer Stellvertretenden deutschsprachigen Personen vorbehalten?"**

**Bord Pascal, PRR:** Un grand nombre de nouveaux postes ont été décernés à des alémaniques et il faut traiter le problème pour que les nouveaux postes de cadres puissent également être ouverts aux romands.

**Die Dringlichkeit wird gewährt.**

**146. Begründung der Dringlichkeit der überparteilichen Interpellation 20170287, Anna Tanner, SP, Judith Schmid PdA, "Wohncontainer als Unterkunft für Asylsuchende"**

**Tanner Anna, SP:** Bereits in zwei Monaten sollen Asylsuchende in Containern untergebracht werden. Der Winter steht vor der Tür und es wird kalt. Gibt es diesbezüglich Lösungen? Es ist wichtig, dass der Stadtrat rasch informiert wird.

**Die Dringlichkeit wird gewährt.**

**147. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20170288, Anna Tanner, SP, Dana Augsburger-Brom, SP, Muriel Günther, SP, "Sparmassnahmen Kanton Bern: Wie reagiert die Stadt Biel?"**

**Tanner Anna, SP:** Wie Herr Wiederkehr bereits erwähnte, berät der Grosse Rat demnächst über das Sparpaket 2018. Die Stadt sollte allfällig zu treffende Massnahmen frühzeitig planen, weshalb Dringlichkeit gegeben ist.

**Die Dringlichkeit wird gewährt.**

**148. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20170282, Daniel Suter, PRR, "Aufhebung von Parkplätzen im Rebberg-Quartier"**

**Suter Daniel, PRR:** Du jour au lendemain un certain de nombreuses places de stationnement à la Haute-Route ont été supprimées et cela manifestement dans le contexte de la rénovation d'une canalisation. Personne n'a été informé et je ne sais pas dans quelle procédure cette décision a été prise. Je trouve qu'il y a urgence pour informer et savoir quelle serait la bonne solution à cette endroit.

**Die Dringlichkeit wird gewährt.**

**149. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20170283, Natasha Pittet, PRR, "Unterbrechung des Busbetriebs während 7 Monaten"**

**Pittet Natasha, PRR:** Je motive l'urgence par le fait que l'interruption du service de bus est prévue jusqu'à fin mars 2018 environ. Il est donc urgent d'examiner la question avant que le problème ne se règle par lui-même et que l'on nous dise que c'est trop tard.

**Die Dringlichkeit wird gewährt.**

**150. Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20170281, Dennis Briechle, GLP, "Westast: Klarheit betreffend Bäume"**

**Briechle Dennis, GLP:** Die Diskussionen zum Westast laufen heiss, wie auch die Demonstration vom kommenden Samstag zeigt. Unter anderem stehen Fragen zu den Bäumen im Raum.

**Die Dringlichkeit wird gewährt.**

**Sitzungsunterbruch 20.25 Uhr - 21.35 Uhr**

**151. 20170194 Quartier Bubenberg / Einführung einer Tempo-30-Zone**

**Jean-Quartier Caroline, au nom de la Commission de gestion:** L'affaire sur laquelle nous allons débattre est certainement moins politisée que le dossier précédent. Le projet consiste à la réalisation d'une nouvelle zone 30 km/h dans le quartier du Bubenberg pour un montant de 1.4 mio. fr. dont la moitié devrait être couvert par des subventions fédérales et cantonales. Trois objectifs sont poursuivis avec cette nouvelle zone 30 km/h: augmentation de la sécurité, diminution du transit et amélioration de la qualité de vie. Dans cette zone, de nouveaux arbres seront plantés dans des bacs ou des îlots afin qu'en cas de réaménagement, des coûts trop onéreux soient évités. En ce qui concerne la sécurité, la Commission de gestion (CDG) s'est demandé si la création d'un passage piéton devant l'école ne serait pas utile. Certes, les zones 30 km/h sont censées être des lieux de rencontre, mais un tel passage permettrait aux enfants et aux automobilistes d'être plus en sécurité. L'Ordonnance fédérale sur les zones 30 et les zones de rencontre (RS 741.213.3) permet de telles exceptions et la CDG se demande pourquoi on n'y recourt pas dans ce cas. Rappelons encore que la Guilde de quartier soutien ce projet. La CDG soutient la réalisation d'une zone 30 km/h dans le quartier du Bubenberg.

**Suter Daniel, au nom du Groupe PRR:** Ce n'est pas la première fois que le Conseil de ville est appelé à se prononcer sur l'introduction d'une zone 30 km/h dans un quartier, ni probablement la dernière. Cette fois, elle concerne un quartier central et elle s'inscrit dans le cadre des mesures d'accompagnement en matière de circulation A5. L'objectif est d'éviter le trafic de transit au centre en vidant la Ville du trafic motorisé, à la charge d'une ceinture autoroutière performante. L'objectif serait

atteignable dans 15 ans, une fois que l'ouvrage entier sera terminé. En attendant, il n'est pas trop tôt de commencer à œuvrer dans ce sens, en décourageant le trafic parasite à travers les quartiers résidentiels pour augmenter la sécurité et la qualité de vie des résidents. Cela étant, le Groupe PRR approuve les mesures proposées pour le quartier du Bubenbergr, subventionnées en bonne partie par la Confédération et le Canton, le coût reste supportable pour la Ville. Le problème de ce genre de mesures, c'est qu'elles sont liées à la disparition de places de stationnement. En l'occurrence, pratiquement une sur cinq disparaîtra. C'est un vrai problème dans un quartier densément habité comme celui du Bubenbergr, où les places de stationnement sont très prisées. Chaque place compte et lors d'une requalification d'un quartier par des mesures de circulation, il faudrait en principe en garder le plus possible. N'en déplaise à certains parlementaires, la qualité de vie dans un quartier n'est pas synonyme de disparition du plus grand nombre de places de parc. En l'occurrence, un bon nombre de ces places sont condamnées pour des raisons réglementaires, notamment celles à la rue Franche, disposées perpendiculairement à la rue ou celles situées trop près d'un carrefour. D'autres disparaissent à la faveur de places de stationnement pour deux-roues ou font place à des arbres. Dernièrement, j'ai eu l'occasion de passer deux fois dans ce quartier des dimanches après-midi et 100% des places de stationnement étaient occupées alors que pour des deux-roues il en restait. Ici ou là un vélo se trouvait sur le trottoir qui ne gênait pas le moins du monde. Quelle priorité est donnée à la verdure, aux deux-roues, aux voiturettes? Dans le détail, cette pesée d'intérêts appartient définitivement au pouvoir discrétionnaire du Conseil municipal. Finalement, nous constatons simplement, que la perte d'une place de stationnement sur cinq, dans un quartier résidentiel du Centre-Ville, constitue un changement important pour les riverains concernés. L'utilisation d'un parking public centralisé dans l'idée de mieux le remplir ne peut pas être une solution. Il faut, en revanche, reconnaître que la transformation de quelques places en zones bleues en zones blanches constitue pour les riverains une certaine compensation, au détriment des pendulaires qui sont à même de trouver une solution de rechange. Le Groupe PRR accepte le projet proposé, tout en insistant sur le fait que la disponibilité de places de stationnement en surface sur le domaine public reste un élément essentiel pour la qualité d'un quartier. Quant à la proposition de fermer le tronçon au nord de la rue du Manège, elle semble émaner du principe fermez ce que vous pouvez, notamment si c'est insignifiant! Notre point de vue libéral dit exactement le contraire puisqu'il est insignifiant, laissons le passage ouvert. Pratiquement, le tronçon en question ne pose aucun problème.

**Löffel Christian, Fraktion EVP/BDP:** Die Fraktion EVP/BDP unterstützt diese Vorlage. Trotzdem hat sie einige Bemerkungen anzubringen. Mit dem vorliegenden Projekt soll eine weitere Tempo-30-Zone errichtet werden, ganz im Sinne einer kontinuierlichen Quartierentwicklung. Das ist gut so. Zudem sollen auch mehr Bäume gepflanzt werden, was zu mehr Lebensqualität beiträgt. Zur Aufhebung der Parkplätze stellt sich die Frage, wie weit man gehen soll und muss. Vermutlich möchten die Direktorin Bau, Energie und Umwelt sowie gewisse Stadtratsmitglieder am liebsten noch mehr Parkplätze aufheben. Trotzdem sollte die Rechnung nicht ohne den Wirt gemacht werden und es sollte auch auf diejenigen Rücksicht genommen werden, die sich keinen Einstellhallenplatz leisten können. Irgendwo gibt es Grenzen und es gilt auch zu berücksichtigen, dass noch nicht alle nur mit öffentlichem Verkehr oder Velo unterwegs sind. In Tempo-30-Zonen gibt es keine Fussgängerstreifen, was der Gemeinderat in seinem Bericht ausführlich erklärt. Von

dieser Massnahme bin ich noch immer nicht überzeugt. Sogar vor der Kita Bubenberg soll auf einen Fussgängerstreifen verzichtet werden. Zuerst konnte ich das fast nicht glauben, gibt es doch auch in Tempo-30-Zonen die Möglichkeit, vor Schulen und Heimen Fussgängerstreifen vorzusehen. Ich habe mir dann gedacht, dass die Kita-Kinder wohl sowieso alle mit dem Auto oder Velo gebracht werden. Jedenfalls sind sie wohl kaum unbegleitet unterwegs. Somit dürfte es auch keine Rolle spielen, dass es keinen Fussgängerstreifen hat. Im Bericht fehlt mir aber ein Hinweis zur Vortrittsregelung. Sicher wissen alle, dass am Fussgängerstreifen FussgängerInnen Vortritt haben. Ich erinnere an das schöne Motto *"Rad steht - Kind geht"* (am Fussgängerstreifen). In Tempo-30-Zonen ist die Vortrittsregelung eine andere, die FussgängerInnen haben dort keinen Vortritt. Wahrscheinlich braucht es bald eine neue Kampagne unter dem Motto *"Rad steht nicht - Kind geht nicht"*. Ich finde das problematisch. Der Bericht fordert gegenseitige Rücksichtnahme aller Verkehrsteilnehmenden. Das ist gut. Nach der heutigen Stadtratsdebatte scheint mir allerdings, dass nicht einmal die Stadtratsmitglieder aufeinander Rücksicht nehmen, wie können sie dies dann von den Verkehrsteilnehmenden fordern? Trotzdem empfiehlt die Fraktion EVP/BDP, den vorliegenden Bericht zu genehmigen.

**Strobel Salome, Fraktion SP/JUSO:** Auch die Fraktion SP/JUSO begrüsst die Tempo-30-Zone im Bubenbergquartier. Die Strassen in diesem Quartier sind eng und bieten sich für eine Tempo-30-Zone an. Die Fraktion SP/JUSO ist erstaunt, dass dieses Projekt nicht bereits früher aufgegleist wurde. Tempo-30-Zonen sind für FussgängerInnen und Velofahrende vorteilhaft. Die Sorge um das Verschwinden von Parkplätzen teilt die Fraktion SP/JUSO nicht. Sie teilt aber die Sorge um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden und vor allem der Velofahrenden und FussgängerInnen. Auch für uns ist der Wegfall der Fussgängerstreifen nicht ganz nachvollziehbar, vor allem im Bereich der Kita. Auch wir sind überzeugt, dass in Ausnahmefällen Fussgängerstreifen bei Schulen und Altersheimen auch in Tempo-30-Zonen zugelassen werden sollten. Kinder und SeniorInnen sind im Strassenverkehr besonders gefährdet. Im Bereich von Schulen und Kitas kommt ein neues Phänomen dazu, nämlich die von Herrn Löffel bereits angesprochenen Elterntaxis. Die Eltern bringen ihre Kinder heute mehr und mehr aus Sicherheitsüberlegungen mit dem Auto in die Schule oder die Kita. Gleichzeitig gefährden sie damit diejenigen Kinder, die zu Fuss unterwegs sind. Dieses Phänomen wiederholt sich täglich, wie ich gut beobachten kann, da ich in der Nähe eines Schulhauses wohne. Es wird kreuz und quer parkiert und manövriert, ohne Rücksicht auf die Kinder auf dem Trottoir. Deshalb fand die Fraktion SP/JUSO auch, dass ein Fussgängerstreifen vor der Kita eine Art Schutzzone für diejenigen Kinder sein könnte, die zu Fuss in die Kita kommen. Zudem befindet sich in der Nähe der Stadtpark, der ebenfalls oft von Kindern besucht wird. Trotzdem teilte uns die Direktion Bau, Energie und Umwelt (BEU) mit, es gebe kein solches Bedürfnis. Das nehmen wir zur Kenntnis. Die Fraktion SP/JUSO machte sich aber ebenfalls Gedanken zu der von Herrn Löffel bereits angesprochenen Vortrittsregelung und wünscht sich diesbezüglich zusätzliche Massnahmen. Aus ihrer Sicht würde sich beispielsweise an der Bubenbergstrasse eine Begegnungszone anbieten. Damit wäre die Vortrittssituation für FussgängerInnen klarer. Die Fraktion SP/JUSO wünscht sich, dass die BEU diese Massnahme noch prüft, denn eine Begegnungszone würde die Strassenquerung für Kinder und Familien, die den Stadtpark besuchen wollen, vereinfachen.

**Leuenberger Bernhard, Fraktion FDP:** Das Meiste wurde bereits gesagt. Die Fraktion FDP wird dem Antrag des Gemeinderats zustimmen. Ich möchte aber noch zwei kritische Bemerkungen anbringen:

1. Per Saldo verschwinden erneut ungefähr 50 Parkplätze. Das ist unerfreulich.
2. Manchmal frage ich mich, wie weit der städtische Perfektionismus gehen soll. De facto ist die ganze Stadt eine Tempo-30-Zone. Ginge es nach mir, könnte die ganze Stadt in eine Tempo-30-Zone umgewandelt werden, dagegen hätte ich nichts einzuwenden. Ich wehre mich aber gegen den Perfektionismus. Mein Vorredner hat die zusätzlichen Bäume erwähnt. Wir leben doch in einer Stadt und nicht in einer Waldsiedlung! Es braucht keine zusätzlichen Bäume. In unserer Stadt gibt es bereits genügend! Auch die zusätzlichen Massnahmen finde ich übertrieben. In einer Tempo-30-Zone fährt man sowieso langsam.

CHF 1,4 Mio. sind ein unglaublich hoher Betrag für dieses Projekt. Im Prinzip braucht es nur ein paar neue Tempolimit-Schilder und allenfalls ein paar Betonklötze. Das kostet doch nicht CHF 1,4 Mio.! Selbst wenn die Hälfte dieses Betrags vom Kanton zurückerstattet wird, finde ich es viel. Zudem finanzieren sich auch Kantonsgelder aus Steuern. Es ist nach einfachen Lösungen zu suchen. Wie gesagt, findet die Fraktion FDP den Betrag sehr hoch, sie wird dem Projekt aber trotzdem zustimmen.

**Känzig Urs, Fraktion Grüne:** Wenig erstaunlich, wird auch die Fraktion Grüne diesem Geschäft zustimmen. Wie Sie sicher vermuten, sind uns Parkplätze weniger wichtig als anderen Fraktionen. Hingegen liegt uns die Sicherheit der schwächeren Verkehrsteilnehmenden am Herzen. Deshalb hatten wir auch Kontakt mit Eltern, die ihre Kinder nicht mit dem Auto in die Kita bringen. Sie baten uns, prüfen zu lassen, ob zusätzliche Sicherheitsmassnahmen bei der Kita möglich sind. Sicher könnte etwas Einfaches vorgesehen werden, das trotzdem den minimalsten ästhetischen Ansprüchen genügt, zumal dies auch zu einer attraktiven Innenstadt beiträgt.

**Ogi Pierre, PSR:** Le PSR a longuement débattu sur ce projet et il le soutient. Tous les membres sont d'accord, sauf moi! Pourquoi, me direz-vous, car une zone 30 km/h c'est formidable et des arbres c'est encore mieux? Comme l'a dit Monsieur Leuenberger: "*On vit dans une ville et les arbres doivent rester dans la forêt*". Ceci est dit alors que l'on a bâti des centaines de milliers de mètres cube de béton et il y fait une chaleur inouïe. On peut donc considérer que si l'on enlève ces arbres et bien vous ne vivrez plus ici et ça serait un désert. Personnellement, ce qui ne me convient pas c'est les places de stationnement car ce quartier se situe non loin du parc de la Ville où je m'y rends souvent avec mes petits-enfants après l'école et tout à coup on ne pourra plus stationner. Je me rappelle du temps où j'étais jeune et les voitures n'étaient accessibles qu'aux riches et un jour j'ai pu m'offrir une voiture. Maintenant on voit que l'on considère les voitures comme du trafic parasite et je ne trouve pas cela normal. Nous, les vieux on veut nous faire prendre le train et les bus, mais si on les prend aux heures de pointes, on devient des parasites car il faut laisser de la place aux personnes qui travaillent. Il nous faut donc utiliser les transports publics à 10h ou/et à 16h puis retourner au home! En résumé, on veut faire payer l'automobiliste quoi qu'il arrive. Je suis une de ces personnes qui vit à l'extrémité de la Ville et j'utilise la voiture pour aller en Ville car il n'y a rien à Mâche ou juste le magasin VOI (misérable truc où je ne mets pas les pieds). En plus, j'apprends que suite aux mesures d'accompagnement en matière de circulation A5, des feux vont être installés à la route de Mâche. Toutes ces mesures vont transformer les

extrémités de la Ville en réserves d'indiens. Je trouve que ce n'est pas correct et que l'on ne doit pas défavoriser les habitants des extrémités de la Ville.

**Güdel Martin, Fraktion SVP/Die Eidgenossen:** Die Projektkosten wurden von der Fraktion SVP/Die Eidgenossen auch diskutiert. Herr Leuenberger hat sich dazu sehr treffend geäußert, so dass ich nichts mehr ergänzen muss. Grundsätzlich sind Tempo-30-Zonen in Quartieren sinnvoll. Gerade enge Strassen wie die Logengasse lassen gar keine höheren Geschwindigkeiten zu. Hingegen kann die Fraktion SVP/Die Eidgenossen die Streichung der vielen Parkplätze nicht akzeptieren. In der Logengasse wurden vor zwei Jahren zusätzliche Veloabstellplätze realisiert, welchen ebenfalls Parkplätze zum Opfer fielen. Denjenigen, die immer "Biel für alle" ins Spiel bringen, möchte ich in Erinnerung rufen, dass in Biel auch Autofahrende wohnen. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen lehnt das Geschäft ab.

**Briechele Dennis, Fraktion GLP:** Ich habe noch nie einen Redner gehört, der sich mit so viel Verve gegen die Meinung seiner Fraktion äusserte, wie vorhin Herr Ogi. Ich werde nun mit Verve für die Haltung meiner Fraktion sprechen... Die Fraktion GLP begrüsst das Projekt einer Tempo-30-Zone im Bubenbergt Quartier sehr. Es ist schön zu sehen, dass es mit der Realisierung der Tempo-30-Zonen in den Wohngebieten vorwärts geht. Ist der Verkehr langsamer unterwegs, erhöht sich die Sicherheit für die ganze Anrainerschaft, insbesondere auch im Umfeld der Schulen und Kitas. Der Reaktions- und Bremsweg eines Autos ist bei Tempo 30 etwa halb so lang wie bei Tempo 50. Der Sicherheitsgewinn ist also markant. Ebenso reduziert sich der Verkehrslärm dadurch erheblich. Verkehrslärm ist eines der grössten Ärgernisse in den Innenstädten. Tempo 30 ist also ein Stück Lebensqualität. Das vorliegende Projekt ist aus Sicht der Fraktion GLP grösstenteils gelungen. Unseres Erachtens widersteht die Stadt der Versuchung einer kompletten Neugestaltung der betroffenen Strassenräume, denn sie will diese Tempo-30-Zone mit punktuellen und zweckmässigen Massnahmen realisieren. Aus unserer Sicht ist das nicht Perfektionismus. Im Vergleich mit anderen Projekten im öffentlichen Raum will die Stadt vorliegend sehr zweckmässig vorgehen, was die Fraktion GLP sehr begrüsst. Neben der neuen Signalisation sind nur wenige neue Trottoirs und zwei Schwellenbereiche geplant. Zudem soll das Quartier durch neue Bäume grüner werden. Es handelt sich also um sehr punktuelle Massnahmen. Entsprechend sind die Kosten mit CHF 1,4 Mio. relativ moderat, zumal die Hälfte aus dem Agglomerationsprogramm finanziert wird. Dennoch wurde mit dem Projekt aus unserer Sicht auch die eine oder andere Chance verpasst:

1. Tempo 30 ist gut und recht. Aus Sicht der Fraktion GLP würden aber vermehrt auch Begegnungszonen zu einer höheren Lebensqualität beitragen. Das wurde vorliegend gar nicht erst geprüft. Strassen ohne grössere verkehrliche Bedeutung wie beispielsweise Sackgassen gewinnen als Aufenthaltsort für die Anwohnenden erst, wenn sie als Begegnungszone ausgestaltet werden. Begegnungszonen ermöglichen es Kindern im Quartier zum Beispiel Ball zu spielen oder den Anwohnenden, an einem schönen Sommerabend zusammensitzen und zusammen zu essen. Gleichzeitig sind Anlieferungen in Begegnungszonen erlaubt und die Anwohnenden dürfen bis vor ihre Häuser fahren. Die Stadt Bern ist diesbezüglich vorbildlich: sie hat in diesem Jahr die 100. Begegnungszone eingeweiht! Die allermeisten davon liegen in Wohngebieten. Es geht wirklich darum, den Anwohnenden Wohngebiete zurückzugeben und Lebensraum zu schaffen. Die Fraktion GLP wünschte sich, dass auch in Biel diese Möglichkeit in

Zukunft verstärkt in Betracht gezogen wird. Sie wird dazu heute Abend noch einen Vorstoss einreichen.

2. Die Fraktion GLP hat eine kleine Anregung zum nördlichsten Abschnitt der Reitschulstrasse (zwischen der Freiestrasse und der Mittelstrasse). Könnte dieser Abschnitt nicht aufgehoben werden? Das wäre eine kleine Massnahme, die etwas zur Attraktivierung des Neumarktplatzes beitragen könnte. Der Neumarktplatz ist heute von vier Strassen umgeben und damit für sämtlichen Nutzungen ungeeignet. Es wäre aber wünschenswert, dass auch die Flächen rund um den Platz zwecks Belegung desselben genutzt werden könnten. Leider kann der Verkehr auf drei Seiten des Platzes weder verboten noch beruhigt werden, da die Strassen wichtige städtische Verkehrsträger sind. Auf Seite Reitschulstrasse wäre dies allerdings möglich und es könnten Geschäftsflächen mit starkem Bezug zum Platz geschaffen werden. Die Fraktion GLP regt deshalb an, die Reitschulstrasse für den Verkehr zu sperren, so dass dort Ladenlokale einen direkten Platzzugang erhalten. Dieser Strassenabschnitt hat keine verkehrliche Bedeutung und es gingen keine Verkehrsverbindungen verloren. Zu- und Wegfahrt zu den Gebäuden wären nach wie vor möglich. Diese Idee brachte die Fraktion GLP bereits im Rahmen des Geschäfts 20110067 «Neugestaltung Neumarkt- und Walkeplatz / Strassenbauliche Sanierung Neumarkt- und Reitschulstrasse / Verpflichtungskredit» ein. Der Gemeinderat nahm sie damals wohlwollend zur Kenntnis. Wir hoffen, dass er diese aufnimmt und umsetzt.

Als Fazit unterstützt die Fraktion GLP das vorliegende Projekt und empfiehlt es zur Annahme.

**Wiederkehr Martin, SP:** Bei einer Tempo-30-Zone in der Innenstadt geht es nicht primär um den Verkehr, sondern um die Innenstadtattraktivierung. Immer wieder geht vergessen, dass die Innenstadt auch Wohn- und Lebensraum ist, nicht nur Parkierungs-, Durchfahrts- und Einkaufsraum. Gerade im Bubenbergquartier ist der Wohnraum heute nicht sehr attraktiv. Das muss sich ändern, denn dieses Quartier hat Entwicklungspotenzial. Ich unterstütze Herrn Briechle in seiner Forderung nach einer Begegnungszone. Nicht nur der öffentliche Raum im Quartier muss sich weiterentwickeln, auch Private müssen dazu beitragen, dass sich das Gebiet zu einem attraktiven, zentrumsnahen Wohnquartier entwickelt. Mit dem Altstadtparking bieten sich auch gute Möglichkeiten, ohne Auto dort zu wohnen. Viele Junge haben kein Bedürfnis nach einem Auto. Vielmehr wünschen sie sich die Innenstadt als kindertauglichen Wohnraum. Deshalb braucht es Grünraum, um auch junge Familien anzuziehen. Die von der öffentlichen Hand neu gestaltete Tempo-30-Zone ist ein erster Schritt dahin. Ich bin froh, wenn mehr Bäume gepflanzt werden. Aus meiner Sicht steckt die Quartierentwicklung Bubenberg aber noch in den Kinderschuhen. Ich hoffe, Private und die öffentliche Hand machen aus diesem Gebiet in den nächsten Jahren ein attraktives Innenstadtquartier.

**Rochat Julien, UDC:** Voilà encore un projet contre les automobilistes! Je me demande si un projet coûteux comme celui-ci est vraiment nécessaire. En effet, le fait de remplacer des zones bleues par des zones blanches payantes à durée limitée de 30 minutes va rendre les conditions de circulation encore plus mauvaises et ceci dans le seul but de faire payer l'automobiliste. Cela risque de générer un va-et-vient plus important de véhicules en recherche de stationnement et donc des désagréments, qui ne vont qu'influencer négativement l'attractivité de la Ville de Bienne. Il est déjà

difficile de circuler à Bienne et empirer la situation n'est, à mon avis, pas un choix envisageable. En repoussant la circulation en dehors des villes, on ne fait que repousser le problème sans le résoudre. Je ne soutiens donc pas ce projet.

**Widmer Patrick, UDC:** Je suis également cycliste et je circule énormément à vélo. Je suis aussi pro zones 30 km/h car elles améliorent la qualité de vie des quartiers. Par contre, dans ce dossier, certains points me laissent perplexes à la lecture du plan de zones. Si vous vous rendez dans ce quartier vous constaterez qu'il est très difficile de rouler à 50 km/h, donc ce n'est pas un souci de limiter la vitesse à 30 km/h. La problématique des places de stationnement me touche aussi mais je ne vais pas m'étendre sur ce sujet. Je souhaite plutôt développer au niveau des arbres, car j'ai eu plaisir à entendre Monsieur Ogi à ce sujet. Les arbres c'est bien et je suis pour une Ville verte, mais en tant que vice-commandant des sapeurs-pompiers, je vois cela d'un autre point de vue aussi. En effet, je peux déjà vous dire que ces arbres commencent à créer des problèmes de sécurité en Ville. Actuellement, la phase d'application de la rue Dufour est en cours et on découvre que la grandeur et l'emplacement de certains arbres empêchent l'intervention correcte des véhicules d'urgence. En effet, un engin de sauvetage d'envergure ne peut plus se déplacer facilement en cas d'intervention. Je n'aimerais donc pas devoir prendre une responsabilité lorsque lors d'une intervention on ne pourrait pas accéder au sinistre. Je souhaite mettre en évidence ceci auprès de la Direction des travaux publics, de l'énergie et de l'environnement et surtout auprès de la Directrice de cette direction qui était responsable de la sécurité et donc devrait connaître ce problème. Mettons des arbres, oui, mais sans exagération car, il est bien beau d'augmenter les zones vertes dans les quartiers, mais cela ne doit pas être réalisé au détriment de la sécurité.

**Schwicker Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt:** Ich stelle fest, dass Tempo-30-Zonen im Grundsatz nicht bestritten werden. Die Geister scheiden sich eher an der Umsetzung. Jedenfalls hörte ich von niemandem, Tempo-30-Zonen seien in Biel unnötig. Das finde ich einen wichtigen gemeinsamen Nenner. Ich danke der GPK sowie den Herren Löffel, Briechle und Wiederkehr, die nochmals kurz darstellten, weshalb Tempo-30-Zonen wünschenswert sind. Die Vorteile überwiegen: Tempo-30-Zonen bringen mehr Sicherheit, vermindern die Lärmbelastung und erhöhen die Lebensqualität in den Quartieren. Den Herren Leuenberger und Widmer möchte ich entgegenen, dass es nicht möglich ist, eine Tempo-30-Zone nur mit Signaltafeln und Betonklötzen zu realisieren. Die ersten Tempo-30-Zonen waren so ausgestaltet, das stimmt. Sie waren sehr simpel und im Mühlefeld beispielsweise gibt es noch heute solche Zonen. Sie entsprechen aber nicht mehr den heutigen Normen und der Kanton hat die Stadt bereits aufgefordert, diese den neuen Regelungen anzupassen. Eine Tempo-30-Zone muss heute wahrnehmbar sein. Es muss spürbar sein, dass die Tempolimit nicht bei 50 km/h liegt. Das kann mit gestalterischen Elementen erreicht werden, beispielsweise mit einer versetzten Parkierung, Grünelementen, gewissen Verengungen oder wie vorliegend mit Niveauerhöhungen. All diese Elemente weisen darauf hin, dass ein anderes Regime herrscht als auf den übergeordneten Strassen, die es übrigens auch im Bubenbergrquartier nach wie vor auch gibt. Die Situationen mit den Trottoirüberfahrten wurden bereits im Zusammenhang mit der Tempo-30-Zone im Zukunftsquartier diskutiert. Sie sind wichtig, weil sie den Anfang einer Tempo-30-Zone sichtbar machen und dazu beitragen, dass die tiefere Tempolimit eingehalten wird. In gleicher Art und Weise

soll nun auch das Bubenbergquartier umgestaltet werden. Eine simple Signalisation ist dafür schlicht nicht ausreichend.

Ich komme zu den Parkplätzen. Wieviel Parkplätze braucht es in einem Quartier? Dazu gibt es keine exakte Wissenschaft... Biel hat im Vergleich mit anderen Städten überproportional viele Oberflächenparkplätze – auch im Bubenbergquartier. Gleichzeitig wurden in der Vergangenheit verschiedene Parkings in Biel gebaut, in denen Auswärtige parkieren sollen. Es gibt ein Parkleitsystem, das anzeigt, wo freie Parkplätze zur Verfügung stehen. Suchverkehr im Quartier sollte sich dadurch erübrigen. Im Osten des nun neu geplanten Perimeters gab es bisher 22 Parkplätze, auf welchen das Auto spottbillig und den ganzen Tag parkiert werden konnte. Das soll in einem Wohnquartier nicht mehr möglich sein. Die Parkplätze sollen den Anwohnenden zurückgegeben werden und es sollen ihnen genügend Parkplätze zur Verfügung stehen. Alle anderen sollen das Parking benutzen. Diese Überlegung richtet sich nicht gegen alle Autofahrenden, sie sollen weiterhin mit dem Auto in die Stadt fahren dürfen. Deshalb ist es auch nur halb so dramatisch, wenn nun im Bubenbergquartier 50 Parkplätze aufgehoben werden. Die Anzahl Parkplätze muss immer gut abgewogen werden. Der Gemeinderat versucht deshalb immer, alle Verkehrsteilnehmenden zu berücksichtigen. Er hat nichts gegen Autofahrende, weiss aber, dass die Innenstadt über vergleichsweise viele Oberflächenparkplätze verfügt.

Fussgängerstreifen und Sicherheit wurden verschiedentlich angesprochen. Im Bubenbergquartier gibt es mehrere Schulwege und die Strasse muss nicht nur vor der Kita gequert werden. Auf der Bubenbergstrasse sollen zwei Schwellen angebracht werden. Diese dienen der Schulwegsicherung, denn dort ist nochmals langsamer zu fahren. Mit Fussgängerstreifen wöhnen sich die FussgängerInnen in Sicherheit, weil sie Vortritt haben. Allerdings darf die Strasse 50 Meter neben einem Fussgängerstreifen nicht mehr gequert werden. In einer Tempo-30-Zone dürfen FussgängerInnen die Strasse überall queren, auch wenn sie keinen Vortritt haben. In der Nähe von Fussgängerstreifen wäre dies verboten. Gerade im Bereich von Kreuzungen wird es noch komplizierter, weil überall Fussgängerstreifen installiert werden müssten. Es würde also eine unklarere Situation geschaffen, weshalb der Gemeinderat auf Fussgängerstreifen verzichten möchte. Er erachtet die Schwellen als sichereren Weg.

Im Weiteren wurde gefragt, ob Begegnungszonen eingerichtet werden könnten. Frau Strobel möchte eine solche an der Bubenbergstrasse, Herr Briechle könnte sich solche in Sackgassen vorstellen. Vorliegendes Projekt ermöglicht es zu einem späteren Zeitpunkt Begegnungszonen einzurichten. Auch in einer Begegnungszone kann aber nicht einfach nur die Signalisation angepasst werden. Sie bedingt weitere bauliche Massnahmen, beispielsweise ein Ausnivellieren der verschiedenen Strassenraumhöhen. Ein entsprechendes Projekt wird dem Stadtrat demnächst vorgelegt. Deshalb kann ich heute Abend auch nicht einfach die Kosten für eine Begegnungszone an der Bubenbergstrasse beziffern. Das müsste separat angegangen werden, wird aber durch das vorliegende Geschäft nicht verhindert.

Die Idee der Fraktion GLP eine Begegnungszone in der Reitschulstrasse vorzusehen muss separat geprüft werden. Vorliegendes Projekt sieht keine Änderung der Strassenverbindungen vor. es werden keine Strassen gesperrt und auch keine neuen Einbahnstrassen eingeführt. Der Stadtrat verbaut sich aber nichts, wenn er das

vorliegende Projekt annimmt, denn die Reitschulstrasse kann ohne weiteres später und separat umgestaltet werden. Die Frage der Zugänglichkeit eines Quartiers für die Rettungsdienste stellt sich in jedem solchen Projekt. Deshalb gibt es bei allen verkehrlichen Massnahmen ein Mitwirkungsverfahren. Die Direktion Soziales und Sicherheit wird immer zum Mitbericht eingeladen, dies unter Einbezug der Blaulichtorganisationen. Das ist wichtig. Ich danke für die Diskussion, die anscheinend anhand neuer Ideen noch weitergehen wird. Weitere Tempo-30-Zonen sind beispielsweise im Geyisriedquartier vorgesehen und werden ebenfalls durch das Agglomerationsprogramm mitfinanziert. Bevor die Planung aber weiter vorangetrieben wird, soll nun aber erst mal das vorliegende Projekt umgesetzt werden.

**Briechele Dennis, GLP:** Offenbar zieht eine Begegnungszone auch viele bauliche Massnahmen nach sich. Vielleicht ist das so, wenn eine Begegnungszone von Grund auf neu geplant wird. Ich möchte dem Gemeinderat aber ans Herz legen, sich einmal einen Tag Zeit zu nehmen und die Begegnungszonen in Bern oder Burgdorf zu besichtigen. Dort werden einfache Mittel angewandt, wie zum Beispiel farbliche Markierungen, welche die Autofahrenden dazu bewegen abzubremesen. Solche Massnahmen sind einfach umsetzbar und erzielen eine gute Wirkung. Begegnungszonen können wirklich mit einfachsten Mitteln realisiert werden!

### **Abstimmung**

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 5. Juli 2017 betreffend «Quartier Bubenberg, Einführung einer Tempo-30-Zone», gestützt auf Art. 40 Abs. 1, Bst. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Für das Projekt «Quartier Bubenberg, Einführung einer Tempo-30-Zone» wird ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 1'400'000.00 bewilligt.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen sowie Mehrkosten in Folge der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes gelten als genehmigt.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Er wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, die den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat wird ermächtigt, diese Kompetenz an die zuständige Direktion zu delegieren.

**152. Überparteiliche Motion 20170082, Reto Gugger, BDP, Lena Frank, Grüne, Miro Meyer, JUSO, Glenda Gonzalez, PSR, Sandra Schneider, SVP, Julien Stocker, GLP, Dana Augsburger-Brom, SP, Judith Schmid, PdA, Pascal Bord, PRR, Franziska Molina, EVP, "AGGLOlac: Abgabe des Baulandes im Baurecht"**

(Text der überparteilichen Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 1)

Der Gemeinderat beantragt, die überparteiliche Motion in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären.

**Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident:** Eingangs möchte ich darauf aufmerksam machen, dass der Stadtrat am 5. Juni 2014 offenbar beschlossen hat, dass bei überparteilichen Vorstössen die oder der erstunterzeichnende UrheberIn des Vorstosses über dessen weiteres Schicksal alleine befindet.

**Augsburger-Brom Dana, SP:** Ich möchte, dass der Stadtrat eine schriftliche Bestätigung erhält, wonach der Stadtrat diese Praxis beschlossen hat, dass also tatsächlich eine Abstimmung dazu erfolgte. Andernfalls zählt nämlich alleine die Stadtordnung und in dieser steht etwas anderes. Es ist unzulässig, die Stadtordnung zu umgehen, ohne dass dies entsprechend belegt werden kann.

**Meyer Miro, JUSO:** Ich möchte nur kurz gesagt haben, dass dieser «Präzedenzfall» im erwähnten Protokoll nicht genau so vermerkt ist. Gemäss Protokoll standen sich je zwei Motionäre gegenüber und deshalb hat der erstunterzeichnende Motionär den Stichentscheid gefällt. Daraus geht doch hervor, dass eigentlich die Mehrheit über das weitere Schicksal des Vorstosses entscheidet.

**Augsburger-Brom Dana, SP:** Ich möchte Herrn Löffel etwas auf seinen Einwand entgegen: In der Stadtordnung steht, dass wenn der Gemeinderat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, der Motionär oder die Motionärin beantragen kann, die Motion aufrecht zu erhalten. In diesem Fall ist "der Motionär", "die Motionärin" zehn Personen, worunter auch ich. Also dürfte auch ich diesen Antrag stellen.

**Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident:** Ich möchte die Sprecherin darauf aufmerksam machen, dass dies in der Geschäftsordnung des Stadtrates und nicht in der Stadtordnung steht.

**Gugger Reto, BDP:** Es ist so wie Frau Augsburger-Brom erwähnt hat: Besagter Artikel spricht von einem Motionär oder einer Motionärin. Es gibt aber auch noch eine andere Bestimmung, in welcher aber nur von Urheberin oder Urheber gesprochen wird. Insofern ist der Wortlaut innerhalb desselben Erlasses nicht konsistent. Als «Urheber» könnte aber derjenige angesehen werden, der den Vorstoss verfasst hat, wobei nur bei der Motion zur Verdeutlichung "Motionär/Motionärin" erwähnt wird. Das ist eine andere Art der Auslegung.

**Koller Levin, JUSO:** Artikel 41 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates (SGR 151.21) wurde nun bereits ein paar Mal erwähnt. Ich möchte Ihnen diesen noch einmal vorlesen: «Die Umwandlung einer Motion in ein Postulat ist zulässig, das Gegenteil nicht. Beantragt der Gemeinderat Annahme einer Motion als Postulat, hält

*aber der Motionär oder die Motionärin an der Motion fest, so wird nur über diese abgestimmt».* Im konkreten Fall gibt es zehn Motionäre und Motionärinnen. Hält nun die Mehrheit derselben an der Motion fest, wird nur über die Motion abgestimmt. Diese Auslegung des Artikels hat mir die Ratssekretärin heute telefonisch bestätigt. Somit ist klar: Der Stadtrat wird heute nur über die Motion und nicht über das Postulat abstimmen. Falls dies heute aus irgendwelchen Gründen anders gehandhabt werden soll, behalten sich die JUSO ein rechtliches Vorgehen vor.

**Fehr Erich, Stadtpräsident:** Meines Erachtens geht es hier um eine Frage, die der Stadtrat selber entscheiden muss. Wichtig scheint mir einzig, dass klare Regeln gelten. Es gibt einen Präzedenzfall, der damals so gehandhabt wurde. Nun stehen andere Forderungen im Raum. Nach mir ist es nun am Stadtrat, wie er damit umgehen will. Wichtig ist einfach, dass klare Regeln herrschen und diese nicht einfach opportunistisch, je nachdem was dient oder nicht, angepasst werden. Vielleicht ist dies gar auch ein Hinweis darauf, dass die Totalrevision der Geschäftsordnung des Stadtrates angezeigt ist. Die Geschäftsordnung sagt aber meines Wissens, dass umstrittene prozedurale Fragen vom Stadtrat entschieden werden sollen und das gilt es nun auch zu tun.

**Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident:** Damit stimmen wir nun darüber ab, ob die Mehrheit der mitunterzeichnenden Urhebenden der Motion über deren weiteres Schicksal bestimmen oder aber nur der Erstunterzeichner. (*Unruhe im Saal*)

## **Ordnungsantrag**

**Meyer Miro, JUSO: Ich beantrage einen Sitzungsunterbruch von zehn Minuten.**

## **Abstimmung**

- über den Ordnungsantrag

**Der Antrag wird angenommen.**

**Gugger Reto, BDP:** Wir MotionärInnen haben eine Lösung gefunden, welche wir Ihnen vorschlagen wollen: Wir machen beliebt, dieses Traktandum auf die nächste Sitzung zu verschieben. In der Zwischenzeit beauftragt der Stadtrat die Stadtkanzlei und das Ratssekretariat mit dem Regierungsstatthalter abzuklären, was gilt. Es kann nicht sein, dass der Stadtrat zu dieser Frage nun einen Präzedenzfall schafft, der für die nächsten vier bis sechs Jahre gilt oder mit anderen Worten bis die Geschäftsordnung des Stadtrates revidiert ist. Aus Sicht der MotionärInnen ist das der neutralste Lösungsvorschlag, damit eine nicht in der Sache befangene Person die Sachlage beurteilen und eine verbindliche Empfehlung abgeben kann. **Wir beantragen, dieses Traktandum auf die nächste Sitzung zu verschieben.**

**Fehr Erich, Stadtpräsident:** Vielen Dank für diesen Vorschlag, um eine wirklich korrekte Lösung zu finden. Ich muss Ihnen allerdings beliebt machen, dass, wenn Sie diesen Auftrag dem Ratssekretariat und der Stadtkanzlei gemeinsam erteilen, sie gehalten sein werden, einen unabhängigen externen Experten zu beauftragen. Dies aus folgendem Grund: Im Falle einer Beschwerde ist der Regierungsstatthalter

gleichzeitig Beschwerdeinstanz. Insofern ist es nicht möglich, bei der späteren Entscheidungsinstanz eine Art «Vorbescheid» einzuholen. Allenfalls wäre hierfür das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) geeignet oder aber ein Advokaturbüro wie Recht & Governance, respektive die Ihnen bekannten Herren Arn und/oder Friederich, welche die meisten bernischen Gemeindereglemente und Gesetze erarbeitet haben. Es ist mir wichtig, dass Ihnen bewusst ist, dass der Regierungsstatthalter als Entscheidungsinstanz hierzu befähigt wäre.

**Augsburger-Brom Dana, SP:** Ich habe vorher erwähnt, dass wir über eine Stadtordnung verfügen, die das Massgebliche festhält und meines Erachtens klar ist... (*Einwurf aus dem Plenum, wonach es sich nicht um die Stadtordnung, sondern um die Geschäftsordnung des Stadtrates handelt...*) Ach so, ja danke. Zum anderen wurde gesagt, es sei ein Präzedenzfall geschaffen worden. Ich habe darum ersucht, mir den diesbezüglichen Beschluss oder Entscheid schriftlich vorzuzeigen, der bestätigt, dass der Stadtrat wirklich darüber abgestimmt hat. So lange mir ein solches Dokument nicht vorgelegt werden kann, bleibt die gemachte Aussage eine reine Behauptung! Aufgrund einer solchen möchte ich nicht über diese Angelegenheit befinden, sondern würde es vorziehen, entsprechend dem massgeblichen Reglement (wie ich es nennen möchte) vorzugehen. Kann ich eine Bestätigung dieses "Präzedenzfalles" nun einsehen...? (*Unruhe im Saal*) Es ist doch so, dass der Stadtrat nun schon die ganze Woche über darüber diskutiert. Warum liegt immer noch kein entsprechender schriftlicher Beleg vor?!

**Grupp Christoph, Grüne:** Ich habe ein eher geringes Verständnis für das derzeitige Hin und Her im Stadtrat! Es ist doch so, dass es offenbar einen Präzedenzfall gibt, der aber rechtlich nicht relevant ist, weil es damals wahrscheinlich falsch gelaufen ist. In dieser Woche wurden bereits verschiedene verwaltungsinterne juristische Abklärungen vorgenommen, ohne zu einem Schluss zu gelangen. Nun ist es sicher möglich, diese Abklärungen auszulagern. Ich weiss allerdings nicht, was das wieder kostet. Ich denke aber, da kommen drei-, vier-, fünfstellige Beträge, sicher aber vierstellige, zusammen. Der Bieler Stadtrat wird einen Monat Zeit verlieren, dies, wo doch auch der Nidauer Stadtrat heute Abend über eine gleichlautende Motion abstimmen wird (ich weiss allerdings nicht, wie der dortige Entscheid ausgefallen ist). Ich frage mich einfach nur, ob es diesen Aufwand wirklich wert ist, oder ob es nicht einfacher wäre, dies wie üblich zu handhaben, nämlich nach demokratischen Gepflogenheiten darüber abzustimmen und einen Mehrheitsentscheid gelten zu lassen. Von mir aus gesehen sollten daher die MotionärInnen untereinander abstimmen, was gelten soll oder aber der Gesamtstadtrat befindet mittels Mehrheitsentscheid darüber. Es muss einfach festgestellt werden, ob der erstunterzeichnende Motionär alleine oder aber nur zusammen mit den mitunterzeichnenden UrheberInnen über das weitere Schicksal des Vorstosses entscheiden können soll. Von mir aus gesehen kann der Stadtrat darüber befinden. Es kann durchaus sein, dass dies noch eine Einsprache nach sich zieht, das kann ich noch nicht wissen. Ich frage mich aber, ob der Stadtrat jetzt wirklich wegen solcher juristischen Spitzfindigkeiten Zeit verlieren und Geld ausgeben soll. Von mir aus gesehen: Nein!

**Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident:** Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag von Herrn Gugger, das Traktandum auf die nächste Sitzung zu verschieben.

## Abstimmung

- über den Antrag von Herrn Gugger, das Traktandum auf die nächste Sitzung zu verschieben.

**Der Antrag wird angenommen.**

**Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident:** Damit mache ich beliebt, nun die Verabschiedungen vorzunehmen und die restlichen Traktanden auf die nächste Sitzung zu verschieben.

### 153. Verabschiedung von Christian Löffel

**Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident:** Wir kommen zur Verabschiedung von Christian Löffel. Herr Löffel hat per Ende September 2017 demissioniert. Er ist seit 1. Januar 2002 Stadtratsmitglied für die EVP. Bis 19. März 2013 war er Mitglied der Fraktion Forum, die anschliessend unter dem Namen Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU weiterbestand. Seit 1. Januar 2017 ist er nun Mitglied der Fraktion EVP/BDP. Vom 21. Oktober 2011 bis am 17. Januar 2013 war Herr Löffel Mitglied der Kommission Struktur 2013 und Esplanade und vom 14. Januar 2011 bis 19. Januar 2012 war er Präsident der Redaktionskommission ESB. Am 1. Januar 2010 übernahm er das Präsidium der EVP Biel bis zum 6. April 2012. Seit 1. Juli 2012 ist er Co-Präsident seiner Partei. Wir hoffen, dass es ihm auch ohne Stadtratsmandat nicht allzu langweilig wird, danken ihm für seinen langjährigen Einsatz für die Stadt Biel und wünschen ihm für die Zukunft alles Gute. Ich möchte mich noch bei Herrn Löffel dafür entschuldigen, dass ich ihn öfters Geri nannte... *(Gelächter, Applaus)*

**Gugger Reto, Fraktion EVP/BDP:** Der Stadtratspräsident hat über Christian Löffel bereits viel gesagt. Ich wiederhole nicht, wie lange er schon dem Stadtrat angehört. Jedenfalls ist er unter den zehn dienstältesten Mitgliedern! Uns verlässt also ein langgedienter Stadtrat. Ich kenne Christian erst seit Juni 2013, also seit gut vier Jahren. Von Beginn weg imponierte er mir, weil er seinen Weg geradlinig ging. Wenn Christian eine Ansicht hatte, die nicht der Fraktionsmeinung entsprach, stand er immer dazu ohne sich zu verbiegen. Seit Anfang Jahr ist Christian in der gleichen Fraktion wie ich. Diese Zusammenarbeit schätzte ich sehr, vor allem auch Christians professionelle Vorbereitung auf die ihm zugeteilten Geschäfte. Die Baubranche ist sein Lieblingsthema und er scheute sich nie, diesbezüglich Stadt- und Gemeinderat einen Sparspiegel vorzuhalten. Pragmatisch zeigte er auf, wo ohne Qualitätseinbussen bei städtischen Bauprojekten noch einige Prozente eingespart werden könnten. Christian, alles in allem hast du mindestens ein halbes Arbeitsjahr hier im Stadtrat oder an vorbereitenden Sitzungen verbracht. Du machtest das nicht, um dich in Szene zu setzen oder um nach weiteren politischen Ämtern zu greifen. Du schautest es als Dienst an deiner Wählerschaft, deiner Partei und deiner Stadt an. Dieser Gutschein für ein feines Nachtessen mit deiner Frau gilt auch als Dank an Sabine, die heute auf der Tribüne anwesend ist. Ohne verständnisvolle Partnerin / Partner im Rücken stünden wir Stadtratsmitglieder oft sehr alleine da. Danke Christian, für deinen unermüdlichen Einsatz in den vergangenen Jahren. *(Applaus)*

**Paronitti Maurice, au nom du Groupe PRR:** Cher Christian, le Groupe PRR aimerait te rendre un hommage tout particulier. En effet, ta grande sympathie envers les francophones est un aspect de ta personnalité qui est peu connue, mais que tu as toujours démontrée, en tout cas à l'égard de tes alliés politiques de la minorité linguistique, dont tu apprécies par ailleurs les jeux de mots et les calembours, le plus fameux et le plus facile étant que tu n'y allais souvent pas avec le dos de la cuillère... Nous avons apprécié ta connaissance profonde des dossiers techniques et tu es vraiment imbattable pour tout ce qui a trait à l'habitat et à la construction. Nous allons regretter cette masse d'expérience, que tu maîtrises dans ce domaine très pointu. Durant les débats et discussions du Conseil de ville, tu as aussi toujours su faire la part des choses et toujours essayé de trouver une solution aux problèmes, qui soit la plus proche des gens et du bon sens, parfois contre l'Administration, qui de temps en temps (mais pas trop souvent quand même) fait "Kafka dans sa culotte...". Oups! Tu nous as souvent fait comprendre, que tout ce que disait le Conseil municipal n'était pas parole d'Évangile, contrairement à ce Livre (avec un L majuscule) qui guide tes pas et qui a formé ta personnalité de sage et ton caractère si humain, si proche de la vie, la vraie vie des gens. Merci Christian pour tout ce que tu nous as apporté. Voici une bonne bouteille: ceci est notre vin. Bois-le en souvenir de nous!  
(*Applaudissements*)

**Augsburger-Brom Dana, Fraktion SP/JUSO:** Christian, wir sind Nachbarn. Ich kann mich daran erinnern, dass du einmal mit einem Asterix-Band ans Rednerpult getreten bist. Es ging um ein Geschäft, das dir nicht so passte und du hast Vergleiche zu Asterix gezogen. Ich dachte für mich: "Hoffentlich kommt er nie mit einem Schildbürgerbuch...". Jedenfalls hast du mich sehr beeindruckt. Du bist ehrlich und echt und beweist eine grosse Menschlichkeit. Auf dich ist Verlass und du bist für die städtische Politik wertvoll. Du bist ein wirklicher Mittelpolitiker und stimmtest immer deiner Meinung folgend ab. Danke für dein grosses und jahrelanges Engagement. Unsere Gespräche am Gartenzaun werden wir weiterhin führen. Schade nur, dass ich jetzt nach den Stadtratssitzungen bei Regen keine Mitfahrgelegenheit mehr habe... Ich möchte dir eine Kleinigkeit übergeben. Vielleicht ist es dir an einem Donnerstagabend einmal langweilig, wenn du nicht mehr in den Stadtrat kommst. Dann kannst du mit unserem Gutschein in der Stadt einen Apéro trinken gehen. Wie ich höre, hast du ja auch schon ein Nachessen erhalten. An die Blume habe ich diesmal selbst gedacht... (Anmerkung Ratssekretariat: anlässlich der Sitzung vom 17. August 2017 wurden von Frau Augsburger-Brom Blumen aus dem Stadtratsarrangement verschenkt)  
(*Applaus*)

**Kaufmann Stefan, Fraktion FDP:** Christian, wir waren jahrelang in der gleichen Fraktion. Kaum wechselst du die Fraktion, verleidet dir die Politik. Ich weiss nicht, ob das so ausgelegt werden kann... Jedenfalls hast du eine lange politische Karriere hinter dir. Die Zusammenarbeit mit dir war immer sehr angenehm und ehrlich. Wir wussten immer, woran wir sind, auch wenn wir nicht immer gleicher Meinung waren. Als wir noch in der gleichen Fraktion waren, hast du der FDP manchmal die Leviten gelesen und gesagt, wir sollten uns anständig benehmen. Auf dich hörten wir, sonst wären wir im Stadtrat vielleicht manchmal anders aufgetreten. Du warst also auch eine Art beruhigendes Gewissen. Du hast deinen Dienst für diese Stadt geleistet, immer ehrlich und geradlinig, meistens auch gut gelaunt, ausser, wenn es um die Kosten von Baugeschäften ging. Das Abschiedsgeschenk meiner Fraktion hast du bereits letzten Montag erhalten. Danke für deine Arbeit und alles Gute! (*Applaus*)

**Haueter Joël, Fraktion SVP/Die Eidgenossen:** Lieber Christian, es wurde schon viel gesagt. Ich weiss nicht, ob dir diese Lobhudelei überhaupt recht ist. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen hat dich immer sehr geschätzt als ehrlichen und sachverständigen Politiker. Ich glaube, es gibt nur wenige Stadtratsmitglieder, die von sich behaupten können, sie seien SachpolitikerIn. Du warst für mich einer, denn dir ging es immer um die Sache und um die Stadt Biel. Mir warst du von Anfang an ein Vorbild. Ich habe deine Art immer sehr geschätzt. Wir werden dich vermissen. Ich hoffe, dass du die neu gewonnene Freizeit mit deiner Familie geniessen kannst und vielleicht zwischendurch auch einmal Zeit hast, einen Fussball- oder Hockeymatch zu besuchen. Wenn wir dich beispielsweise anlässlich einer spannenden Budgetdebatte wieder einmal auf der Tribüne antreffen, freuen wir uns. *(Applaus)*

**Grupp Christoph, Fraktion Grüne:** Lieber Christian, als ich im Stadtrat begann, sassen wir einander praktisch gegenüber. Zwischendurch schauten wir einander an und rollten die Augen. Ich rutschte etwas nach hinten und leider hatte ich auch den Eindruck, wir seien politisch auseinander gerutscht. Nichts desto trotz schätzte ich dich immer als jemanden, der mit gesundem Menschenverstand politisierte und sich nicht von Ideologien leiten liess. Das E-Mail, mit dem du letzte Woche deinen Rücktritt angekündigt hast, bestätigte mich in meinem Gefühl, dass du vielleicht etwas genug hast vom Politbetrieb der letzten Jahre. Vielleicht hast du den Spass verloren. Für den Stadtrat finde ich es nicht gut, dass du nun aufhörst. Wahrscheinlich tust du dir aber einen Gefallen damit um nicht zu verbittern. Ich weiss nicht, ob es so weit gekommen wäre. Jedenfalls wünsche ich dir alles Gute und danke dir für alles, was du im Stadtratssaal geleistet hast. Die Versuchung ist für einen Grünen gross, dir nun eine Sonnenblume zu schenken. Ich werde das Stadtratsbouquet aber nicht zerzausen und wünsche dir einfach so eine blühende Zukunft *(Applaus)*.

**Gonzalez Glenda, au nom du Groupe PSR:** Cher Christian. Quelques mots en français pour te remercier de ton engagement. Le groupe PSR tenait vraiment à signifier ta manière d'être, de fonctionner et tes prises de position constructives et toujours pleines de bienveillance. Une remarque entièrement personnelle car j'ai commencé dans ce parlement en face de toi et ta solide carrure avec ton sourire discret me rassurait. Je te remercie et t'offre un petit peu de sucre de la part du PSR car les tournesols sont périssables mais le sucre cela fait du bien.

**Wiher Max, Fraktion GLP:** Lieber Christian, auch die Fraktion GLP schätzte dich als Menschen immer sehr, vor allem dank deiner ehrlichen, geradlinigen und offenen Art. Das ist selten, rar und auffallend. Gerade als Mittelpolitiker ist es nicht immer einfach, müssen doch Koalitionen eingegangen werden. Das Blockdenken lag dir fern, das wiederum steht der Fraktion GLP nahe. Auch wechseln wir oft Koalitionen und stimmen mit dem Herz ab, nicht nach Ideologie. Solche Personen sind in diesem Stadtrat eine "Specie rara". Mit dir werde ich einen autonomen, eigenständigen Politiker vermissen, der seinem Herzen nach entscheidet und nicht dem Gruppenzwang entsprechend, der dem Stadtrat oft auferlegt wird. Davor habe ich riesigen Respekt, denn ich weiss selber, wie es ist. Auch ich wünsche dir für die Zukunft nur das Allerbeste. Du hast im Stadtrat einen super Job gemacht! *(Applaus)*

**Löffel Christian, EVP:** Nach knapp 16 Jahren ist der Zeitpunkt für mich gekommen, aus dem Stadtrat zurückzutreten. Für mich ist er richtig, auch wenn er etwas früher kommt als ursprünglich geplant. Es sprechen verschiedene Gründe dafür jetzt

aufzuhören, was mich selber überraschte. Ich möchte Thomas Brunner Platz machen. Er ist voller Energie, motiviert und unverbraucht. Es ist gut, so jemanden nachrutschen zu sehen. Christoph Grupp, du hast es auf den Punkt gebracht: ich bin etwas amtsmüde. In den letzten Jahren entwickelte sich der Stadtrat nicht so, wie es mir entspricht. Verstärktes Blockdenken hat Einzug gehalten und lösungsorientierte Ansätze blieben auf der Strecke. Das macht mir Mühe und nervt mich immer häufiger. Es geht einfach nicht mehr und ich muss mich selber schützen. Christoph Grupp hat meine Entwicklung also sehr gut beobachtet. Im Rückblick überlegte ich mir, wie lange ich wohl in diesem Saal gesessen bin. Reto Gugger hat eine Schätzung angestellt. Meine sieht etwas anders aus. Ich rechnete mit ungefähr 11 Sitzungen à vier Stunden pro Jahr (einige Male habe ich wohl gefehlt). Das ergibt in 16 Jahren 704 Stunden. Umgerechnet auf einen Arbeitstag von 8,5 Stunden gäbe das 83 Arbeitstage oder ungefähr vier Monate. Das ist schon verrückt, vor allem wenn man bedenkt, dass das nur die Stadtratssitzungen sind. Fraktionssitzungen und die Vorbereitungen sind noch gar nicht eingerechnet. Für mich ist das ein Zeichen dafür, dass Stadtratsmitglieder eine riesige Arbeit leisten. Alle dürften mindestens soviel Zeit investieren wie ich, denn sicher bin ich nicht derjenige, der am meisten Zeit investierte... Das ist enorm! Zumal alles freiwillig ist. Klar, hat es mit Überzeugungen zu tun, die in Politik und Gesellschaft einfließen sollen. Ich nehme an, dass wir dieses Amt nur deshalb überhaupt ausüben. Es ist eine riesige Arbeit. Dafür möchte ich allen danken. Heute wurde mir wieder bewusst, was es heisst, was wir hier tun. Ein Milizparlament, das so viele Geschäfte behandelt und so viele Sitzungen abhält, basiert auf einer Riesenleistung von allen. Danke vielmals!

Ich bin Politiker der Mitte, auch wenn ich immer einer bürgerlichen Fraktion angehörte. In den letzten 16 Jahren gehörte ich mehrheitlich einer Minderheit an. Ich weiss also, was das bedeutet... In den ersten Jahren hatte Links-Grün die Mehrheit. Trotzdem wurden immer Lösungen gesucht. Es ging nicht oder nur selten um Machtspiele. Dennoch ist klar und logisch, dass solche Machtspiele in der Politik ab und zu stattfinden. Trotzdem war sich die damalige Mehrheit ihrer Verantwortung bewusst. Sie wussten, dass die Mehrheiten nicht nur im Stadtrat sondern auch im Volk gewonnen werden müssen. Ich habe sehr geschätzt, dass viele dafür Verantwortung übernahmen. Auch unter dem Stadtpräsidium von Hans Stöckli gab es nicht nur goldene Zeiten, aber der Stadtrat suchte nach Lösungen. Das wünsche ich mir wieder. Der Stadtrat hat sich verändert. Schon beim Betreten des Saals werden die leeren Stühle gezählt und die Mehrheiten eruiert. Die Mehrheit macht, was sie will. Dieses Verhalten bringt die Stadt wahrscheinlich nicht weiter. Vielleicht waren die Gewinner heute in der Mehrheit. In drei Jahren sind wieder Wahlen. Wie heute gesagt wurde, haben sich die Verhältnisse seit den letzten Wahlen verändert. Vielleicht ändern sie in drei Jahren erneut. Die Frage, ob es richtig ist, Blockpolitik zu betreiben sollten sich alle stellen. Wäre es nicht besser, trotz einer allfälligen Mehrheit auf andere zuzugehen und vielleicht auch einen Schritt zu tun? Mein Wunsch an den Stadtrat ist, dass er Lösungen sucht. Ich glaube, knappe Mehrheiten im Stadtrat bringen Biel nicht weiter. Es braucht breit abgestimmte Lösungen.

Ich wünsche Ihnen, dass Sie trotz Ideologien und Herkunft Verantwortung übernehmen und Kompromisse suchen für eine rosige Zukunft Biels. Mir lagen die Finanzen in den letzten Jahren sehr am Herzen. Die finanzielle Situation der Stadt belastete mich mehr und mehr. Trotz ausgeglichenem Budget fehlen pro Jahr CHF 30 Mio. und jede Investition zieht Neuverschuldungen nach sich. Das belastet mich und

ich habe nicht mehr die alte Lockerheit. Auch diesbezüglich dient mein Rücktritt ein wenig als Selbstschutz. Dadurch eröffnen sich mir neue Perspektiven. Am Donnerstagabend wird es mir sicher nie langweilig sein, ich habe genügend andere Visionen. Ich möchte nochmals danken für all die Begegnungen, die mir der Stadtrat ermöglichte. Ich verbrachte hier viele sehr positive Abende, die für alle passten. Das möchte ich mitnehmen. Ich schliesse dieses Kapitel und danke nochmals für alles, was wir zusammen gemacht haben. Thomas Brunner wünsche ich viel Glück und viel Kraft. Ich wünsche ihm, dass er ein noch besserer Networker wird, als ich es war. *(Applaus)*

### **Verabschiedung von Martin Güdel**

**Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident:** Wir kommen zur zweiten Verabschiedung des heutigen Abends. Auch Martin Güdel hat seine Demission per Ende September eingereicht. Er geht nicht aufgrund von Amtsmüdigkeit, sondern weil ihn die berufliche Tätigkeit ins Ausland zieht. Herr Güdel ist seit 1. Januar 2013 Stadtratsmitglied für die Eidgenossen und in der Fraktion SVP/Die Eidgenossen. Von Anfang war er Mitglieder der Studienkommission A5. Wir wünschen Herrn Güdel bei seiner neuen beruflichen Tätigkeit im nicht so fernen Deutschland viel Befriedigung und danken auch ihm für seinen Einsatz für die Stadt Biel. Für die Zukunft wünsche ich ihm alles Gute! *(Applaus)*

**Fischer Pascal, Fraktion SVP/Die Eidgenossen:** Für mich ist das die erste Verabschiedung, die ich vorzunehmen habe. Umso trauriger ist es, dass es um einen eigenen Parteikollegen geht. Wer mich kennt weiss, dass ich gerne Überraschendes äussere: Lieber Martin, du verlässt uns heute nach fünf Jahren. Alle Versuche, dich davon abzuhalten, wie dich zum Präsidenten der Eidgenossen zu machen oder dich als Ehrenmitglied zu führen, um dich von der Beitragspflicht zu befreien, fruchteten nicht. Deine Eigeninteressen überwiegen das Wohl deiner Heimatstadt und deiner Mitstreitenden im Stadtrat. So bleibt uns keine andere Wahl, als deine Entscheidung zu akzeptieren und heute von dir Abschied zu nehmen. Du willst dich beruflich weiterbilden, sagtest du uns. Das gehe nur im Ausland. Das Ausland ist gross und birgt viele Gefahren, Martin. *(Gelächter)* Andere Menschen, fremde Kulturen, andere Mentalitäten, andere Sprachen und anderes Essen. Um sicher zu sein, dass du nicht verhungerst, haben wir dir ein Säckchen gepackt. Wir packten dir ein altbewährtes Schweizer Menu ein, eine Büchse Ravioli. So solltest du dich in der ersten Zeit, bis du dich ans neue Essen gewohnt hast, über Wasser halten können. *(Gelächter)* Wir wollen dir nicht unnötig Angst machen, Martin. Aber du wirst dort alleine sein. Du wirst dort der einzige Eidgenosse unter vielen anderen Menschen sein *(Gelächter)*. Deshalb denk daran, was wir als Eidgenossen immer predigen: Gib dich zu erkennen und sag mit Stolz, woher du kommst. Am leichtesten geht das, wenn du so rasch als möglich ihre Sprache lernst, damit du dich mit den Eingeborenen verständigen kannst. Das ist das Allerwichtigste. Zweitens ist es immer gut, wenn du dir die dort geltenden Rechte, Gesetze und Eigenarten aneignen kannst. Wenn du das geschafft hast, hast du nicht Wasser gepredigt und Wein getrunken, dann bist du integriert und akzeptiert. Damit du das mit den Einheimischen feiern kannst, überreichen wir dir eine Flasche Wein, wie es sich für die Eidgenossen gehört, eine Weinflasche mit aufgedruckter Schweizer Geschichte. *(Gelächter)* So kannst du deinen neuen Freunden bei einem Glas Wein unsere Kultur etwas näherbringen. Es wäre wohl zu viel verlangt, wenn ich dich nun darum bitten würde, dich mit der Aufgabe zu

befassen nach deiner dortigen Integration, dieses Land als 27. Kanton... nein, das machen wir später! Martin, wir haben alle Verständnis dafür, dass du uns bereits nach fünf Jahren und schweren Herzens verlässt. Wir alle hätten uns ohne mit der Wimper zu zucken gleich entschieden. Das hat mit Eigeninteresse überhaupt nichts zu tun, sondern mit Wissenshunger und dem Drang nach Neuem, zu lernen und sich weiterzuentwickeln, zwar nicht zum Wohl von Biel oder deinen Stadtratskollegen, sondern zu Wohl aller. Ich könnte nun einen Slogan bringen: "*Vorsprung durch Technik*". Das wäre ja aber nicht ganz korrekt, denn du gehst ja nicht zu diesen vier Ringen, sondern zu technisch höhergestellten Edelmarken wie Porsche und AMAG. Dort wirst du als Entwicklungsingenieur für Verbrennungsmotoren tätig sein. Einen solchen Job darf man einfach nicht ausschlagen, Martin! Wir danken dir für dein Wissen und dein Engagement, das du in den letzten fünf Jahren in unsere Fraktion eingebracht hast und wünschen dir alles Gute und viel Spass mit deiner neuen Herausforderung. Das Kürzel DE, das die Eidgenossen im Bieler Stadtrat haben, bleibt für dich ja bestehen. Es wird nur von Gross- zu Kleinbuchstaben wechseln: .de. (*Applaus*)

**Augsburger-Brom Dana, Fraktion SP/JUSO:** Fast hätte ich jetzt gefragt: "Wer ist Martin?" Doch nun habe ich es gesehen... Wir hatten nicht sehr viel zusammen zu tun, waren auch nie gemeinsam in einer Kommission. Das heisst aber nicht, dass ich dich als Ratsmitglied nicht geschätzt hätte. Ich kann nur keine gemeinsamen Erlebnisse erwähnen. Trotzdem danke ich dir und wünsche dir alles Gute.

**Güdel Martin, Die Eidgenossen:** Ich habe noch 35 Minuten Zeit bis Mitternacht, also lehnen Sie sich zurück... Spass beiseite: Ich möchte dem Stadtrat zwei Dinge mitgeben: Vergessen Sie nicht, dass Sie neben ihrem Stadtratsmandat auch eine Arbeit haben. Das sollte Ihnen erlauben, zu gewissen Geschäften auch eine fachliche Meinung zu haben. Suchen Sie doch auch nach pragmatischen Ansätzen, denn im Stadtrat stellte ich oft einen Hang zum Perfektionismus fest, vor allem an solchen Abenden wie heute. (*Applaus*)

**Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident:** Damit möchte ich die Sitzung schliessen und wünsche allen eine gute Heimkehr und ein schönes Wochenende.

**154. Neueingänge****20170281 Dringliches Postulat Dennis Briechle, GLP**

Westast: Klarheit betreffend Bäume  
Branche Ouest: clarification concernant les arbres

**20170282 Interpellation urgente Daniel Suter, PRR**

Suppression de places de stationnement dans le quartier du vignoble  
Aufhebung von Parkplätzen im Rebberg-Quartier

**20170283 Interpellation urgente Natasha Pittet, PRR**

Interruption du service de bus pendant 7 mois  
Unterbrechung des Busbetriebs während 7 Monaten

**20170284 Dringliche Interpellation Martin Wiederkehr, Fraktion SP/JUSO**

Die Versorgungssicherheit im Bereich Spitex ist gefährdet  
Garantie des soins en danger dans le domaine Spitex

**20170285 Dringliche überparteiliche Interpellation Urs Scheuss, Grüne, Muriel Günther, JUSO, Anna Tanner, SP**

Handhabung bei politischen Kundgebungen  
Procédure à suivre lors de manifestations politiques

**20170286 Interpellation urgente Pascal Bord, Groupe PRR**

Les postes de secrétaires généraux et adjoints sont-ils réservés aux alémaniques?  
Sind die Stellen der Generalsekretäre und –sekretärinnen und ihrer Stellvertretenden deutschsprachigen Personen vorbehalten?

**20170287 Dringliche überparteiliche Interpellation Anna Tanner, SP, Judith Schmid, PdA**

Wohncontainer als Unterkunft für Asylsuchende  
Conteneurs pour l'hébergement des requérants et requérantes d'asile

**20170288 Dringliche Interpellation Anna Tanner, SP, Dana Augsburg-Brom, SP, Muriel Günther, SP**

Sparmassnahmen Kanton Bern: Wie reagiert die Stadt Biel?  
Mesures d'économies du Canton de Berne: quelle est la réaction de la Ville de Bienne?

- 20170289 Überparteiliche Motion Urs Känzig, Grüne, Levin Koller, JUSO, Pascal Bord, PRR**  
Endlich eine zeitgemässe IT-Infrastruktur für das Ratssekretariat  
Enfin une infrastructure TI moderne pour le Secrétariat parlementaire
- 20170290 Überparteiliches Postulat Fritz Freuler, Grüne, Dana Augsburg-Brom, SP, Judith Schmid, PdA, Glenda Gonzalez, PSR**  
Fortschritt dank Landesstreik 1918: Rehabilitation der zu Unrecht verurteilten Bieler Streikenden  
Progrès grâce à la grève générale de 1918: réhabilitation des grévistes biennois condamnés à tort
- 20170291 Postulat Lena Frank, Fraktion Grüne**  
Sicherheit für Velofahrerinnen und Velofahrer im Kreisverkehr verbessern  
Améliorer la sécurité des cyclistes dans les giratoires
- 20170292 Überparteiliches Postulat Dana Augsburg-Brom, SP, Fritz Freuler, Grüne, Lena Frank, Grüne**  
Demokratische Medienvielfalt sichern  
Garantir la pluralité démocratique des médias
- 20170293 Postulat Mohamed Hamdaoui, Groupe PSR**  
Pour la création d'une «charte religieuse»  
Zur Schaffung einer religiösen Charta
- 20170294 Postulat Glenda Gonzalez, Groupe PSR**  
Une signalisation respectueuse de l'identité du 42% des francophones biennois  
Eine Signalisation, welche der Zweisprachigkeit angepasst ist und 42% der Bevölkerung respektiert
- 20170295 Postulat Dennis Briechle, GLP**  
Hand in Hand: Tempo-30 und Begegnungszonen  
Main dans la main: zones 30 km/h et zones de rencontre
- 20170296 Interpellation Alfred Steinmann, Fraktion SP/JUSO**  
Muss die Stadt Biel zu viel an die Kosten der kantonalen Schulen bezahlen?  
La Ville de Bienne doit-elle trop participer aux frais des écoles cantonales

**Schluss der Sitzung / *Fin de la séance*: 23:25 Uhr / heures**

---

**Der Stadtratspräsident / Le président du Conseil de ville:**

Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident

**Die Ratssekretärin / La secrétaire parlementaire:**

Klemmer Regula, Ratssekretärin

**Protokoll:**

Meister Katrin

Flückiger Rita

**Procès-verbal:**

Kirchhof Claire-Lise

Pinto Bernardino Floriane